Die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 16 vom 19. April 1975 9. Jahrgang 50 Pfennig

"Ein schwaches Land kann ein starkes Land besiegen, ein kleines Land kann eine Großmacht besiegen. Das Volk eines kleinen Landes kann, wenn es Mut hat, sich zum Kampf zu erheben und zu den Waffen zu greifen und die Geschicke seines Landes in die Hand nimmt, bestimmt die Aggression einer Großmacht vereiteln."

Sieg im Volkskrieg!

Phnom Penh befreit!

Der grossartige Sieg des kambodschanischen Volkes ist ein Schlag gegen die beiden Supermächte

KAMBODSCHA IN DER HAND DES VOLKES

Phnom Penh ist befreit! Die amerikanischen Imperialisten sind aus dem Land gejagt. Das Verräterregime ist gestürzt. Nach fünfjährigem Befreiungskrieg feiert das kambodschanische Volk den vollständigen Sieg im Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit der Nation und des Volkes. Das ist ein großer Sieg des kambodschanischen Volkes. Ein großer Sieg auch für alle Völker der Welt, die im Kampf für die Verteidigung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit gegen den Imperialismus, vor allem die beiden Supermächte, den amerikanischen Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus stehen.

ES LEBE DAS HEROISCHE KAMBODSCHANISCHE VOLK!
ES LEBE DIE NATIONALE EINHEITSFRONT KAMBODSCHAS, DIE DAS VOLK ZUM SIEG GEFÜHRT HAT!
ES LEBE DIE KÖNIGLICHE REGIERUNG DER NATIONALEN UNION!
ES LEBEN DIE SIEGREICHEN VOLKSSTREITKRÄFTE FÜR DIE NATIONALE BEFREIUNG KAMBODSCHAS, DIE DEM FEIND SCHLAG AUF SCHLAG VERSETZT HABEN!

Fünf Tage, nachdem der Chef der amerikanischen Imperialisten in Phnom Penh, „Botschafter" Dean, in Panik, die Flagge der USA unter den Arm geklemmt, aus der Stadt geflüchtet war, haben die Volksstreitkräfte Phnom Penh erobert. Hoffnungslos geschlagen, machten die letzten Reste der Verräter am 16. April noch einmal einen Versuch, ihren Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Sie „verlangten" einen „Waffenstillstand" und „boten die Kapitulation" an: Auf ihre „Einladung" hin, so hofften sie, sollte Samdech Norodom Sihanouk, das Staatsoberhaupt Kambodschas, sollte die Königliche Regierung der Nationalen Union in Phnom Penh einziehen. Vergebliche Hoffnung einer Bande von Verrätern! Das kambodschanische Volk hat immer unter der Losung gekämpft, die Samdech Norodom Sihanouk am 1. April erneut bekräftigt hat: „Die Nationale Einheitsfront Kambodschas, die Königliche Regierung der Nationalen Union und die Volksstreitkräfte der Nationalen Befreiung werden niemals einen Kompromiß mit dem US-Imperialismus und seinen Dienern eingehen oder vor ihnen zurückweichen, sondern sie bekämpfen, bis sie vollständig, endgültig und unwiderruflich vom heiligen Boden Kambodschas vertrieben sind."



Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen

Vor fünf Jahren hat das kambodschanische Volk die Aggression der amerikanischen Imperialisten mit dem revolutionären Volkskrieg beantwortet. Nur fünf Tage nach dem Staatsstreich, in dem Lon Nol und seine Clique am 18. März 1970 das rechtmäßige Staatsoberhaupt Kambodschas, Samdech Norodom Sihanouk stürzten, und das Land an die amerikanischen Imperialisten auslieferten, rief Norodom Sihanouk alle *„patriotischen Landsleute, Armeeangehörigen und Zivilisten auf, die die widerrechtliche Unterdrückung von Seiten der Verräter nicht mehr dulden können und Mut und Patriotismus besitzen, um das Vaterland zu befreien, als Partisanen in den Dschungel zu gehen, um den Kampf gegen unsere Feinde zu führen."*

Die Feinde des kambodschanischen Volkes, das waren Lon Nol und seine Clique, die sich selbst „Retter der Nation" nannten, in Wirklichkeit aber nichts anderes als Quislinge der amerikanischen Imperialisten waren. Das war eine Bande von Faschisten, die ihre Herrschaft damit begann, dem Volk alle Rechte und Freiheiten zu nehmen, die tausende von Patrioten in die Gefängnisse und KZs warfen und ermordeten. Sie schreckten selbst davor nicht zurück in den letzten Wochen, als sie schon in Phnom Penh in der Falle saßen, zehn- und zwölfjährige Kinder in die Uniformen ihrer Marionettenarmee zu stecken, um sie für sich auf dem Schlachtfeld sterben zu lassen. Das war eine durch und durch korrupte Bande von Verbrechern, die das Volk hemmungslos ausplünderten. Während in Phnom Penh Menschen verhungerten, horteten sie den Reis in ihren Privatdepots, um damit zu spekulieren. Einer von ihnen, Sosthene Fernandez, den sie „Minister für Erziehung" nannten, bereicherte sich sogar damit, daß er den Schülern und Studenten Schul- und Studienplätze, Abgangszeugnisse und Diplome für bares Geld verkaufte. Das zeigt, von welchem Schlag diese Leute waren.

Die Feinde des kambodschanischen Volkes, das waren aber vor allem die amerikanischen Imperialisten. Um das Land zu ihrer Kolonie zu machen und den Freiheitskampf des Volkes zu unterdrücken, schickten sie einhunderttausend Soldaten nach Kambodscha. Sie warfen ihre Bomben Tag und Nacht über den Städten und Dörfern ab und verwüsteten weite Landstriche. Sie sprühten Giftgas auf die Äcker und Reiskuluren, um das Volk auszuhungern. Im Feuer ihrer Napalmbomben verbrannten tausende von Männern, Frauen und Kindern. Sie versorgten Lon Nol und sein Regime mit Dollars und Waffen und verursachten unzählige Tote, unzählige Ruinen und Leiden.

Jetzt ist Kambodscha befreit. Das kambodschanische Volk hat einen großen historischen Sieg erkämpft. Die beiden Supermächte, die sowjetischen Sozialimperialisten und die amerikanischen Imperialisten strecken ihre Hände nach allen Völkern der Welt aus, sie bedrohen die Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen und werden sich unvermeidlich gegenseitig an die Gurgel gehen, um die Erde neu aufzuteilen und die Weltherrschaft zu erobern.

Können die Völker den Sieg gegen die Supermächte erringen? Das kambodschanische Volk hat gezeigt, daß die imperialistischen Supermächte, mögen sie auch noch so stark aussehen, in Wirklichkeit schwach sind, daß sie von den Völkern besiegt und bezwungen werden können. Kambodscha ist nur ein kleines Land, aber es hat den Mut gehabt, zu den Waffen zu greifen. Es hat große Opfer gebracht und Leiden ertragen, aber es hat stets am Kampf, am revolutionären Volkskrieg festgehalten und dem Feind Schlag um Schlag versetzt. Vor fünf Jahren erklärte Genosse Mao Tsetung: ***„Ein kleines Land kann ein starkes Land besiegen, ein kleines Land kann eine Großmacht besiegen. Das Volk eines kleinen Landes kann, wenn es Mut hat, sich zum Kampf zu erheben und zu den Waffen zu greifen und die Geschicke seines Landes in die Hand nimmt, bestimmt die Aggression einer Großmacht vereiteln."***

Die Patrioten Kambodschas, die Arbeiter und anderen Werktätigen, die Bauern und Mönche, Schüler und Studenten, Professoren und Lehrer haben für eine gerechte Sache gekämpft. Sie, das Volk, sind stärker als die Dollars und Waffen der amerikanischen Imperialisten, als die ganze Macht dieser imperialistischen Supermacht. Lon Nols Armee war eine Marionettenarmee, eine Söldnerarmee, die im Dienst einer ausländischen Großmacht Krieg gegen das eigene Volk führte. Lon Nol mußte sich die Soldaten für seine Armee mit Gewalt aus den Fabriken und Schulen holen, er mußte sie zwingen für die amerikanischen Imperialisten zu kämpfen. Es ist klar, daß eine solche Armee letzten Endes niemals siegen kann, denn sie kämpft für eine ungerechte Sache, nicht für die Freiheit sondern für die Unterdrückung des Volkes. Mag sie noch so gute Waffen haben, letzten Endes werden die Soldaten diese Waffen gegen ihre Unterdrücker kehren, so wie es Tausende in Kambodscha getan haben. Sie nahmen die Waffen und schlossen sich der Armee des Volkes an, um in ihren Reihen gegen ihre Unterdrücker zu kämpfen. So wie der Pilot, der in den letzten Tagen vor der endgültigen Befreiung Kambodschas das Hauptquartier des Generalstabes der Verräter bombardierte und sieben von ihnen tötete.

Weil das kambodschanische Volk für eine gerechte Sache kämpfte, hat es in der ganzen Welt breite Unterstützung gefunden. Als Nixon den Überfall und die Bombardierung



Die Volksbefreiungsstreitkräfte werden freudig von der Bevölkerung begrüßt

Spendet für den Aufbau des befreiten Kambodscha !

Spenden zur Unterstützung des kambodschanischen Volkes bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML Spendenkonto
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: Kambodscha

Kambodschas befahl, erhoben sich in den USA Hunderttausende von Jugendlichen zum Kampf und forderten die sofortige Beendigung jeder Aggression, jeder Einmischung der amerikanischen Imperialisten in die inneren Angelegenheiten des kambodschanischen Volkes. Ihnen schlossen sich Millionen Menschen in der ganzen Welt an. Nixons Polizei und seine Truppen ermordeten während der Demonstrationen zwölf amerikanische Jugendliche, aber sie konnte den Kampf nicht unterdrükken. Das kambodschanische Volk schloß sich mit den Völkern von Laos und Vietnam zusammen. Sie bildeten eine gemeinsame Front gegen den amerikanischen Imperialismus und kämpften Schulter an Schulter.

Die Völker der ganzen Welt, die ihre Freiheit und Unabhängigkeit gegen die beiden Supermächte, den amerikanischen Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus verteidigen, das sozialistische China und das sozialistische Albanien, das kambodschanische Volk, das nun den Sieg errungen hat – das sind die „Soldaten jener großen und starken Armee, die die Revolution durchführt", vor der die Supermächte eine „schreckliche Angst haben und die ihnen den Garaus machen wird." „*Dies*", sagte Genosse Enver Hoxha in seiner Rede im Oktober, „*ist keine Revolution von Ja und Bitte, keine Revolution des Kotaus und des Kriechens, sondern ein gewaltiger Schlag, das ist die Fortsetzung der Großen Oktoberrevolution, das ist die chinesische Große Proletarische Kulturrevolution, das sind die Befreiungskämpfe der Völker.*" Eben ein solcher „gewaltiger Schlag" ist der Sieg des kambodschanischen Volkes.

Das kambodschanische Volk hat seine Unabhängigkeit erkämpft, es wird ein neues Kambodscha aufbauen, einen Staat, in dem das Volk die Macht in den Händen hält. Das Land wird aufblühen, so, wie die befreiten Gebiete aufgeblüht sind, nachdem das Volk sein Geschick in die eigene Hand genommen hat. Obwohl die Bevölkerung in den befreiten Gebieten alle Kräfte anspannen mußte, um die Volksstreitkräfte und die Front mit Lebensmitteln und Ausrüstung für den Kampf zu versorgen, hat sie den Hunger besiegt. Jahrtausende lang haben die Bauern Kambodschas am Rand des Verhungerns gelebt. Das kambodschanische Volk wird sich die Früchte seines Sieges von niemandem nehmen lassen. Es wird das Land aufbauen, die Hacke in der einen Hand aber in der anderen das Gewehr, um seine Freiheit und Unabhängigkeit gegen alle Angriffe zu verteidigen.

Schon jetzt versucht die andere Supermacht, die sowjetischen Sozialimperialisten, in der Maske des Freundes des kambodschanischen Volkes aufzutreten, um den Platz der amerikanischen Imperialisten einzunehmen. Sie bieten ihre „Hilfe" und „Unterstützung" an und behaupten, sie hätten schon immer an der Seite des Freiheitskampfes des kambodschanischen Volkes gestanden. Dabei hat die „Iswestija" noch im August 1973 den hinterhältigen Plan veröffentlicht, die Macht in Kambodscha zwischen dem faschistischen Regime Lon Nols und der nationalen Einheitsfront zu „teilen". Die neuen Zaren im Kreml haben ihre Verbindungen und Beziehungen zu der Verräterbande um Lon Nol bis zum Schluß aufrechterhalten und erst kurz vor der Befreiung flohen ihre Diplomaten aus Phnom Penh wie die Ratten vom sinkenden Schiff. **Die „Hilfe", die sie jetzt anbieten, ist von der Art, wie die „Hilfe", unter deren Deckmantel sie die Völker Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns und die Bevölkerung der DDR versklaven und ausplündern.** Es ist ein schwerer Schlag für die sowjetischen Sozialimperialisten, daß der 2. Nationale Kongreß Kambodschas im Februar erklärt hat, daß das kambodschanische Volk eine solche Hilfe niemals annehmen wird.

Die Völker der Welt können ihre Freiheit und Unabhängigkeit nur im Kampf gegen beide Supermächte und ihre Lakaien und Verbündeten verteidigen. Die amerikanischen Imperialisten sind durch den Schlag, den ihnen das kambodschanische Volk versetzt hat, keineswegs friedlich geworden. Im Gegenteil, sie haben sich beeilt zu erklären, daß keine „falschen Zusammenhänge" zwischen Südostasien und Europa gezogen werden dürften und ihre Kampftruppen in unserem Land verstärkt. **Hier, in Europa ist die wichtigste Front der beiden Supermächte in ihrem Kampf um die Vorherrschaft in der Welt.**

Es sind aber vor allem die sowjetischen Sozialimperialisten, die die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker und Nationen Westeuropas bedrohen, die ihre Truppen vom Nordkap bis zum Mittelmeer an den Grenzen Westeuropas zusammengezogen haben, um die Völker und Nationen Westeuropas zu versklaven. Ihr Kampf mit den amerikanischen Imperialisten um die Vorherrschaft in der Welt wird unvermeidlich zum Krieg zwischen den beiden Supermächten führen. Bereiten wir uns darauf vor!

Auf die westdeutschen Imperialisten können wir uns dabei nicht stützen. Die Tatsache, daß sie gerade jetzt ihre Freundschaft und Verbundenheit mit den amerikanischen Imperialisten beteuern, wie Brandt vom „großen Verbündeten" sprechen, oder wie Genscher erklären: „die BRD steht in dieser Situation fest an der Seite der USA", zeigt deutlich auf welcher Seite sie stehen.

Das kambodschanische Volk hat uns den Weg gezeigt, den wir im Kampf gegen die beiden Supermächte und vor allem die sowjetischen Sozialimperialisten gehen müssen. Das ist der Weg des revolutionären Volkskrieges, gegen die Aggression und Versklavung durch die beiden Supermächte, der Weg der proletarischen Revolution gegen die westdeutschen Imperialisten, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Die Front der Völker gegen die beiden Supermächte ist stärker geworden. Das kambodschanische Volk hat gezeigt, daß der Sieg errungen werden kann. Die Haupttendenz in der Welt ist die Revolution und der Vormarsch des Sozialismus!



Eifrig meldete sich die Jugend des Volkes zum Eintritt in die Volksbefreiungsstreitkräfte



Prinz Sihanouk begrüßt auf seiner Reise in die befreiten Gebiete Khieu Samphan, Vizepremierminister, Verteidigungsminister und Oberkommandierender der Volksstreitkräfte der Nationalen Befreiung

Nieder mit den beiden Supermächten, den größten Feinden der Völker!

Es lebe das heroische kambodschanische Volk, das einen grossen Sieg errungen hat!

Es lebe die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem kambodschanischen Volk!

Kurz berichtet

WESTBERLIN

Mit etwa 30 Stimmen, 2 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen wurde in einer Lehrveranstaltung im Germanistischen Seminar der Universität Westberlin eine Protestresolution gegen die drohende Abschiebung des Genossen Sascha verabschiedet. In der Resolution heißt es zum Schluß: „Wir schließen uns den bereits über 20 000 gesammelten Unterschriften an, mit denen bisher die sofortige Einbürgerung Sascha Haschemis gefordert wurde. Wir fordern die sofortige Ausstellung eines deutschen Passes für Sascha."

PREETZ

In Preetz erschien die erste Nummer der Stadtteilzeitung der KPD/ML „Rotes Preetz". Die erste Nummer dieser Zeitung enthält einen Artikel zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, in dem zum aktiven Wahlboykott aufgerufen wird, einen Artikel über die Ursachen der Wirtschaftskrise und einen Bericht über die Gründung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS.



Zeitung der KPD/ML für Preetz

DUISBURG/DORTMUND

In Duisburg wurden erneut zwei Genossen während der Wahlagitation – sie steckten Flugblätter in Briefkästen – von der Polizei festgehalten. Mit der Begründung „Sie stecken ein Blättchen von der KPD/ML" wurden ihre Personalien mit Berufsangabe abverlangt. Auf ihren Protest gegen die Wahlbehinderung hin erklärten die Polizisten, daß sie auf Anweisung handeln.

In Dortmund wurde ein Lautsprecherwagen der Partei (von einem Mercedes-Wagen (DO-NX 819) verfolgt und eingekeilt und zunächst durch ein anhaltendes Hupkonzert behindert. Die Insassen versuchten die Türen des Lautsprecherwagens aufzureißen, unsere Genossen zu provozieren und den Lautsprecher kaputt zu machen. Als mehr Genossen hinzukamen, mußten die Provokateure aufgeben.

BERICHTIGUNGEN

Im letzten Roten Morgen ist uns im Artikel „Gegen die Entstellungen der modernen Revisionisten die marxistische Auffassung vom Krieg verteidigen" ein Setzfehler unterlaufen. Im zweiten Absatz des Vorspanns heißt es irrtümlich: „Dieser Artikel, in dem die historisch-materialistische Auffassung des revisionistischen Verräters Lin Biao verteidigt wird. . ." Richtig muß es heißen: „Dieser Artikel, in dem die historisch-materialistische Auffassung des Marxismus-Leninismus vom Krieg gegen die historisch-idealistische Auffassung des revisionistischen Verräters Lin Biao verteidigt wird. . ."

In der selben Nummer des Roten Morgen heißt es auf Seite 9 im Artikel „Es lebe der Sieg im Volkskrieg" fälschlicherweise: „. . . griffen die Arbeiter und Werktätigen aller Schichten, die Mittelschüler und Studenten, . . . Mönche und Lakaien . . ." Richtig muß es heißen: „. . . griffen die Arbeiter und Werktätigen aller Schichten, die Mittelschüler und Studenten, . . . Mönche und Laien. . ." (Laien sind aktive Anhänger des Buddhismus und anderer Religionen)

Dieser Ausgabe des ROTEN MORGEN liegt eine Beilage bei.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06–466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Westberlin 36, Erscheinungsweise wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 30 DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Für die Sicherung des Profits

Massenentlassungen bei VW!

Anfang der 60er Jahre, als jedermann für einige hundert Mark Aktien bei VW erwerben konnte, wurde das VW-Werk das Paradebeispiel für den sogenannten Volkskapitalismus. Das VW-Werk mit seinen Betrieben in Wolfsburg, Braunschweig und Salzgitter wurde zum „Beweis" dafür, daß nicht der Profit in der westdeutschen kapitalistischen Wirtschaft regiert, sondern die Sorge um die Arbeitsplätze. Inzwischen ist diese Seifenblase vom „menschenfreundlichen Volkskapitalismus" gründlich zerplatzt. Von rund 100 000 Arbeitern bei VW hier in der Bundesrepublik sollen rund 30 000 entlassen werden. Für die VW-Bosse, für den Bund, die Länder und auch den IGM-Apparat, die alle auch im Aufsichtsrat vertreten sind, ist das der Weg, „VW aus den roten in schwarze Zahlen" zu bringen. Mit anderen Worten: für die Sicherung des Profits sollen Zehntausende von Arbeitern und Arbeiterinnen ihren Arbeitsplatz verlieren, werden ganze Regionen in wirtschaftliche Not getrieben. Das allein zeigt schon, daß VW ein kapitalistischer Betrieb ist wie andere auch. Mit dem einzigen Unterschied, daß den Werktätigen hier auch noch über Aktien das Geld aus der Tasche gezogen wurde.

Seit Ende Februar bangen 10 000 Arbeiter und Angestellte von Audi/NSU um ihren Arbeitsplatz. Rund 20 000 Menschen aus der gesamten Umgebung protestierten auf einer Kundgebung gegen die zu erwartende Stillegung. Der Aufsichtsrat verweigerte jede Stellungnahme, was von den IGM-Bonzen gleich dazu benutzt wurde, die VW-Arbeiter in Illusionen zu wiegen nach dem Motto: es ist ja noch nichts entschieden. Inzwischen sind die ersten Verlautbarungen des Aufsichtsrats da. Und sie heißen: auf jeden Fall soll die Belegschaft von VW um 25 300 Arbeiter und Angestellte verringert werden. Betroffen ist jetzt nicht mehr nur die Belegschaft von Audi/NSU, sondern ebenfalls die Arbeiter und Angestellten von VW-Salzgitter, Braunschweig, Wolfsburg, Hannover, Kassel und Ingolstadt.

Für die Arbeiter, die auf der Abschußliste stehen, sind die Aussichten, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, mehr als düster. So gibt es im Raum Braunschweig schon bisher über 11 000 offiziell registrierte Arbeitslose. Die Chancen auf Anstellung für jeden weiteren Arbeitslosen kann sich jeder ausrechnen. In Salzgitter ist die Situation ähnlich. Die Arbeitslosenquote ist hoch. Dazu kommt, daß bei dem einzigen weiteren Großbetrieb, bei den Salzgitter-Werken 12 000 von 20 000 Arbeitern kurzarbeiten. Dazu kommen jetzt schon die Wolfsburger Kollegen, die in Salzgitter auf eine Anstellung hoffen, weil die Lage in ihrer Stadt völlig aussichtslos ist. Und die, die entlassen werden sollen in den Werken hier, sind nur zum allergeringsten Teil Fachkräfte. In der Hauptsache sind es ruinierte Handwerker, Bauern, ungelernte Arbeiter also, die auf der Warteliste für einen Arbeitsplatz immer auf den untersten Plätzen stehen. Nicht anders sieht es in den bayrischen und baden-württembergischen Werken von VW aus. **Auch hier bedeutet Entlassung bei VW nicht einfach den Verlust eines Arbeitsplatzes, sondern den Verlust jeder Arbeitsmöglichkeit in der Industrie in der Umgebung von mehreren hundert Kilometern.**

Mit zwei mehrstündigen Streiks und einer Demonstration haben die Arbeiter und Angestellten von Neckarsulm bisher gegen die geplanten Massenentlassungen protestiert. Auch in anderen Betrieben wird von Streik gesprochen. Es ist die Angst vor der ungewissen Zukunft, die Sorge um die Familie, die es bisher nicht zu größeren Kampfaktionen hat kommen lassen. Aber das Finanzkapital, Staat und IGM-Apparat wissen, die Arbeiter stehen mit dem Rücken zur Wand. **Für sie, aber auch für tausende „Volksaktionäre", für alle, denen VW als „Muster-Mitbestimmungsbetrieb" angetreffen, sondern die Entlassungen müßten möglichst gleichmäßig verteilt werden oder es dürfe nicht so rigoros entlassen werden, sondern „behutsam". Mitbestimmung kann im Kapitalismus nichts anderes sein als Mitbestimmen bei der Ausbeutung. Das zeigt sich auch hier.**

Für die „behutsamen" Entlassungen gibt es für Audi/NSU in Neckarsulm bereits einen Plan. Danach sollen erst einmal der größte Teil der 3 650 ausländischen Arbeiter vorzeitig in Rente geschickt werden. 5 000 Arbeiter und Arbeiterinnen sollen so auf die Straße geworfen werden. Und die anderen 5 000? Es ist ein offenes Geheimnis, daß sie über kurz oder lang, aber dann „rigoros", ebenfalls auf die Straße fliegen sollen, weil mit ihnen allein der Betrieb dann nicht mehr „produktionsfähig" sei.

Vorher aber soll aus allen Arbeitern herausgeholt werden, was herauszuholen ist. Die Angst vor der Arbeitslosigkeit wird von den VW-Herren schamlos ausgenutzt, um die Kollegen erbarmungslos zu noch höheren Leistungen anzutreiben.



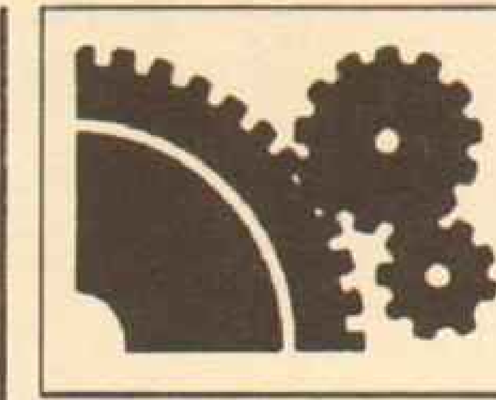
Tausende Audi/NSU Arbeiter demonstrieren gegen geplante Massenentlassungen.

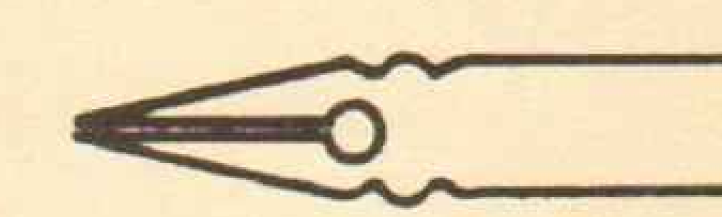
priesen worden ist, sind diese Massenentlassungen ein Zeichen, daß „Volkskapitalismus" ein Unding ist. Entweder Kapitalismus — und dann Sicherheit für die Profite der Kapitalisten, Ausbeutung für das Volk; oder Volksherrschaft — und dann wirtschaftliche und soziale Sicherheit, Freiheit für das Volk. Beides miteinander vereinbaren, kann man nicht, das beweist auch gerade VW.

Um die Arbeiter an der Aufnahme von Kampfmaßnahmen zu hindern, haben die Betriebsräte und der IGM-Apparat kein Mittel gescheut, sind sie sich für keine Gemeinheit zu schade gewesen. Das fängt an bei dem Mindesten: der Information über das, was die Arbeiter erwartet. Als CDU-Jahn als Wahlkampfschlager mit der Zahl von über 16 000 Entlassungen allein in den niedersächsischen Werken herausrückte, und das Hin und Her der Dementis und Gegenbehauptungen begann, protestierte der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates von VW, „dieses Hin und Her nützt dem Unternehmen nicht. Bis zu der entscheidenden Aufsichtsratssitzung am 14. 4. in Wolfsburg sollten Nüchternheit und Ruhe Vorrang haben." **Der „Nutzen des Unternehmens", der Profit, ist das einzige, was diese sauberen „Arbeitervertreter" im Auge haben.** Keiner von ihnen hat bisher auch nur in Worten gegen die Massenentlassungen überhaupt Stellung genommen. Stattdessen propagieren sie „Kompromißvorschläge" wie: es dürfe nicht nur einen Betrieb

So ist der Krankenstand bei Audi/Neckarsulm von 9,8% 1973 auf 6,8% 1974 und 4,3% im Januar 1975 gesunken. Was stört es die Kapitalisten, wenn die Gesundheit der Arbeiter ruiniert ist, sie werfen sie ja doch in einigen Monaten auf die Straße. Für die Arbeiter aber, die ihren Arbeitsplatz behalten werden, wird sich die verstärkte Arbeitshetze nach den Massenentlassungen noch weiter verschärfen. Bundeswirtschaftsminister Friderichs hat bereits in einem Interview mit „Bild am Sonntag" erklärt: „Es wird ja nicht viel weniger produziert werden (nach den Entlassungen — RM), sondern es soll rationeller gearbeitet werden." **Die Bundesregierung hat auch sonst kein Blatt vor den Mund genommen, für wen sie mit ihren Hilfsprogrammen (300 Millionen sind im Gespräch) sorgen wird: Bundeswirtschaftsminister Friderichs versicherte VW-Boss Schmücker, daß Bonn jeden Weg mitgehe, der „unternehmerisch erforderlich" sei.**

Diese Einigkeit von VW-Bossen, Regierung und IGM-Apparat, für den kapitalistischen Profit einzutreten, zeigt deutlich, daß es falsch wäre, auf einen von ihnen auch nur einen Funken Hoffnung zu setzen. Sie alle müssen von den Arbeitern bekämpft werden — im Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze hier und jetzt. Im Kampf um eine Gesellschaft ohne Angst vor dem Morgen, im Kampf für die sozialistische Revolution.





Arbeiterkorrespondenzen

Die Quittung für die Herren der IGM :

Die meisten Stimmen für Roten Betriebsrat

Seit einigen Jahren arbeite ich in einem Kieler Mittelstandsbetrieb, nachdem mehrere Großbetriebe meine politische Aktivität mit Entlassungen beantwortet haben. Wie mir hinterher bekannt wurde, waren fast in jedem Fall die IGM-Betriebsräte die Initiatoren zu den Rausschmissen.

Trotzdem wurde ich auch in diesem Betrieb in den VLK gewählt. Aufgrund meines Auftretens in innerbetrieblichen Kämpfen hatte es sich auch hier bald herumgesprochen, daß ich ein „ROTER" oder „RADIKALER LINKER" sei. Darauf von Kollegen angesprochen, verhehlte ich nicht, ein Kommunist zu sein. Gleichzeitig grenzte ich mich scharf gegen die „SCHEIN-KOMMUNISTEN" der D„K"P ab, von denen kurz zuvor ein Vertreter sein Unwesen in der Firma trieb.

Nach einer Demonstration der KPD/ML, bei der ich von Gewerkschaftsspitzeln beobachtet wurde, bekam ich ein Revers zugeschickt, in dem meine Mitgliedschaft in der KPD/ML vorausgesetzt und meine Distanzierung davon verlangt wurde. Dieses Papier habe ich nicht beantwortet, erschien jedoch weiterhin bei gewerkschaftlichen Veranstaltungen und arbeitete weiter im VLK mit.

Kurz vor der allgemeinen Betriebsrat-Wahlsaison wurde mir mein Gewerkschaftsausschluß schriftlich bekanntgegeben.

Bei Auseinandersetzungen im Betrieb habe ich mich für die Kollegen eingesetzt, klar Stellung gegen den Betriebsrat und die Betriebsleitung bezogen und den Sozialismus propagiert. Daraufhin versuchten Geschäftsleitung, Betriebsrat und Gewerkschaft mich im Betrieb zu isolieren. Sie erzählten überall, daß ich Kommunist sei und drohten offen mit meiner Entlassung.

Der Erfolg dessen war: Die Kollegen forderten mich auf, zur bevorstehenden Betriebsratswahl zu kandidieren. Ich nahm den Vorschlag an und bemühte mich um die erforderlichen Unterschriften für den Wahlvorschlag. Gegen die Konkurrenz gewerkschaftlich organisierter Vertrauensleute erhielt ich die meisten Unterschriften auf meiner Liste.

Das hat den IGM-Bonzen und der Geschäftsleitung einen schweren Schock versetzt. Sie starteten eine üble Hetzkampagne. Mit meiner Unterschriftenliste liefen sie im Betrieb herum und forderten die Kollegen auf, ihre Unterschrift zurückzuziehen. Der Erfolg: Ein Kollege unterschrieb zusätzlich. Da gaben sie vorläufig auf.

Auf der Betriebsversammlung vor der Wahl versuchte der alte Betriebsrat, seine „Errungenschaften", nämlich die gute Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung zu verteidigen. Mich versuchte er mit dem Argumente in die Enge zu treiben, ich hätte keine Unterstützung der IGM und könnte folglich die Interessen der Kollegen als Betriebsrat nicht vollwertig vertreten.

Meine Antwort darauf: Der alte Betriebsrat hatte ja die volle Unterstützung der IGM, was dabei herauskam, haben wir ja alle gesehen. Das reichte den Kollegen. Ich entlarvte das BVG als Gesetz der Herrschenden und daß es einseitig auf deren Interessen ausgerichtet ist. Deshalb müssen wir auf die eigenen Kräfte vertrauen im Kampf um unsere Interessen und uns fest zusammenschließen.

Am Tag der Wahl starteten sie einen letzten Versuch, meine Wahl zu verhindern: Sie überklebten den offiziellen Wahlaushang mit einem Wahlvorschlag der IGM, auf dem auch nur IGM-Kandidaten aufgeführt waren. Im Gegenzug hefteten wir einen Zettel daneben, auf dem wir diesen rechtswidrigen Versuch der Wahlbeeinflussung entlarvten und nachdrücklich aufforderten, dem alten IGM-Betriebsrat eine entscheidende Abfuhr zu erteilen.

Bei der Wahl erhielten diese Herren ihre Quittung: Nicht einer dieser Herren Betriebsräte wurde wiedergewählt. Stattdessen erhielt ich mit Abstand die meisten Stimmen.

„Der Stein, den sie erhoben, fiel auf ihre eigenen Füße!"

Rot Front! Ein Sympathisant der KPD/ML.

Aus einem Westberliner Kleinbetrieb

Ich arbeite in einem kleinen Betrieb der KFZ-Branche in Kreuzberg. Unser Chef ist ein kleiner Gernegroß — ein Kapitalist wie er im Buche steht. Hat natürlich ein Motorboot (mittlere Größe) und fährt selbstredend einen Daimler. Klar ist, wenn er was am Wagen hat, nehmen wir ihn in die Werkstatt und bringen das in Ordnung. Und er bezahlt auch den vollen Preis — in die eigene Tasche (von wegen der Steuer!).

Wenn unsereins aber mal was am Wagen hat — können wir das natürlich nur nach Feierabend machen. Aber erst nach vielem Hin und Her. Er hat sogar schon versucht, für die „Maschinenbenutzung" bei unseren Privat-Reparaturen zu kassieren! Da hatte er sich allerdings geschnitten. Das Schärfste passierte jetzt vor Ostern: Ein Kollege wurde vom Arzt krankgeschrieben. Schon am 2. Tag kam ihm ein Brief vom Chef ins Haus: was er denn hätte, wann er denn wieder kommen würde, es wäre doch so viel Arbeit da (was übrigens nicht stimmte) usw.!!! Und das, wo der Kollege, so weit ich mich entsinnen kann, das ganze letzte Jahr nicht ein einziges Mal krank war! Was blieb ihm anderes übrig, als nach einer Woche wieder zur Arbeit zu kommen? Man ist ja auf seine Arbeit angewiesen.

Im Augenblick können wir bei uns im Betrieb noch nicht viel machen und müssen alles in uns reinfressen. Aber ich glaube eines schönen Tages wird es auch bei uns im Betrieb mal krachen!

Rot Front! Ein Rotgardist

Ami-Konzern OPEL Knochenmühle

Im Mai 1974 verunglückte bei Opel in Bochum der Koligee Ulrich Weißner, Stapelfahrer in der Abteilung D 5. Er fuhr mit seinem großen Stapler unter das an dieser Stelle zu tief hängende Gestell vom Motoren- und Achsenband. Sein noch nicht ganz eingefahrener Ausleger blieb am Gestell hängen, der Stapler drehte sich, er wurde vom Sitz geschleudert und dann kippte der tonnenschwere Stapler auf ihn zu Viele Kollegen stürzten herbei, um ihm zu helfen, doch jede Hilfe kam zu spät. Die profitgierigen Opelkapitalisten hatten es noch nicht einmal für nötig gehalten, das Band abzustellen.

Ulrich Weissner starb für den Profit der Opelkapitalisten. Er fiel wie Tausende seiner Klassenbrüder der mörderischen Arbeitshetze, der irrsinnigen Steigerung der Produktion, dem Kampf der Automonopole um die grössten Anteile am Weltmarkt, um den höchstmöglichen Profit zum Opfer.

Opel – das ist General Motors, der grösste imperialistische Konzern der westlichen Welt. Fast eine Million Arbeiter und Angestellte in 30 Ländern der Erde schuften für die Profite der Bosse in Detroit, für die Finanzmagnaten der Wallstreet. Wie z. B. für die Familie Du Pont, Grossaktionär bei General Motors, Hauptaktionär gleichzeitig des grössten Chemiekonzerns der Welt, Du Pont-Neymours, an deren Händen das Blut von tausenden Männern, Frauen und Kindern klebt, die in Vietnam, Laos und Kambodscha im Feuer der Napalmbomben verbrannten. Diese Konzerne kennen keine Grenzen, sie strecken ihre Hände nach allen Ländern der Welt aus, um die Völker auszuplündern und ihre Reichtümer an sich zu reissen. Im Juni 1973 prahlten die General Motors-Kapitalisten in der „Opel-Post" unverschämt: „Zu General Motors gehören über 140 Betriebe in aller Welt. Montagewerke in Thailand, Malaysia, Zaire, Iran und Verhandlungen über den Bau anderer solcher Werke in Kenia, Nigeria und Sambia sind ein weiterer Beweis dafür, dass der Konzern seinen Beitrag zur Entwicklungshilfe leistet, der auch auf lateinamerikanische Länder wie Brasilien ausgedehnt wird."

Entwicklungshilfe? in Wirklichkeit der Stiefel der Aggressions- und Besatzertruppen der amerikanischen Imperialisten wie in Indochina und vielen anderen Ländern der Welt, darunter auch der Bundesrepublik; in Wirklichkeit die Organisierung von Komplotten und Putschen, um die Regierungen anderer Länder zu stürzen und sie durch ihre Lakaien zu ersetzen und den Freiheitskampf der Völker in einem Blutbad zu ersticken wie in Chile und Indonesien; in Wirklichkeit Raub der Reichtümer anderer Länder, so, wie allein im Jahr 1972 357 Millionen DM aus Bochum, Rüsselsheim und Kaiserslautern in die Taschen der Bosse in Detroit geflossen sind.

Seit 1929 beteiligen sich die General Motors-Kapitalisten an der Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse. Damals nutzten sie die Weltwirtschaftskrise aus, um die Opelwerke in Rüsselsheim zu schlucken. Opel sollte zu ihrem wichtigsten Brückenkopf in Europa werden und sie erreichten dieses Ziel dadurch, dass sie ihre Werke – und zwar gleichzeitig in den USA und in Deutschland – auf die Rüstungsproduktion umstellten. 1938 war Opel bereits die grösste europäische Kraftfahrzeugfabrik und produzierte Halbkettenfahrzeuge und Stuka-Triebwerke. **Der damalige „Friedenskanzler" Hitler überreichte dem General Motors-Überseechef höchstpersönlich den „Verdienstorden vom Deutschen Adler 1. Klasse". Während des Krieges schlachteten diese Herren dann Millionen von Werktätigen aus fast allen Ländern ab. General Motors kannte in diesem Krieg kein Vaterland, es machte seine Profite „auf beiden Seiten".**

Als Ende der fünfziger Jahre die drei Opelwerke in Bochum gebaut wurden, war zwar nicht die Rede von „Entwicklungshilfe", dafür aber umso mehr von der „Sicherung der Arbeitsplätze" und der „Umstrukturierung des Ruhrgebiets". In wenigen Jahren hatten die deutschen Bergbauimperialisten Zeche um Zeche stillgelegt, weil sie sich höhere Profite in anderen Branchen versprachen. Gab es in Bochum noch 1957 43 000 Bergleute, so schrumpfte ihre Zahl innerhalb kurzer Zeit auf wenige Tausend zusammen, Massenarbeitslosigkeit war die Folge. Hier erhoffte sich General Motors billige Arbeitskräfte für den erbarmungslosen Kampf der Automonopole um die höchsten Profite. Bevor noch überhaupt ein Band zu laufen begonnen hatte, mussten die Werktätigen Bochums dem Konzern schon 100 Millionen DM in den Rachen werfen: Steuergelder, mit denen die Stadt Bochum General Motors die Infrastruktur „erschloss". So wurden z. B. eine autobahnähnliche Schnellstrasse von der Bundesstrasse 1 und eine Reihe anderer Zufahrtsstrassen zu den Opelwerken gebaut. Ausserdem übernahm die Stadt noch die Haftung für alle eventuellen Bergschäden.

Auf dieser Grundlage begann dann 1962 der „moderne Musterbetrieb" seine „Muster"ausbeutung: Während die Belegschaft bis 1964 um 45% erhöht wurde, stieg die Produktion gleichzeitig um über 80%. General Motors steigerte seinen Marktanteil von 17% im Jahre 1968 auf 22% im Jahr 1972 und verdrängte VW zwei Jahre lang vom ersten Platz nach der Zahl der verkauften Autos. Die Jagd nach den Höchstprofiten, der erbarmungslose Kampf um die höchsten Marktanteile wurde auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen. Die General Motors-Kapitalisten holten tausende von spanischen und türkischen Kollegen an die Bänder ihrer Bochumer Werke, um die Löhne zu drücken. Sie unterhalten einen ganzen Stab von „Wissenschaftlern", um die Ausbeutung, die Bandhetze nach den neuesten Erkenntnissen der Forschung zu organisieren. Im Presswerk z. B. müssen Frauen und Männer schwere Blechteile von einer Presse in die andere legen. Das Donnern der tonnenschweren Pressen, das Gewicht der Bleche und die erbarmungslose Hetze zermürben die Arbeiter und Arbeiterinnen. Wenn die Bänder auf Hochtouren laufen, dann gibt es für die Kollegen keine Minute Pause. Im Gegenteil, um ihre Arbeit zu schaffen, müssen sie oft über ihren Arbeitsbereich hinaus mit dem Band mitlaufen, um dann schnell zurückzurennen und den nächsten Wagen zu montieren.

Um jeden Widerstand der Arbeiter gegen diese unmenschliche Ausbeutung zu unterdrücken, haben die General Motors-Kapitalisten einen ausgezeichnet ausgerüsteten Werkschutz, der ständig in Uniform und bewaffnet durch die Hallen patroulliert und einen sogenannten Ermittlungsdienst. Das sind Achtgroschenjungen der Kapitalisten, die in Arbeitskleidung, als „Kollege" getarnt, an die Bänder geschickt werden, die als „agents provokateurs" auftreten, um die Arbeiter zu spalten, fortschrittliche Kollegen zu denunzieren, die als Streikbrecher auftreten und bereit sind, jeden schmutzigen Dienst für die Kapitalisten zu tun.

Als im Sommer 1972 die spanischen Kollegen gegen die Entlassung ihres Sprechers mehrere Tage lang in den Streik traten, war es einer dieser Achtgroschenjungen, der den spanischen Kollegen Juan Luque, der auf Streikposten stand, brutal mit einem Messer niederstach und lebensgefährlich verletzte. Dieser Verbrecher konnte anschliessend im Werk „untertauchen".

Der Streik der spanischen Kollegen im Sommer 1972 war nicht der erste Kampf der Opelarbeiter gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Schon zwei Jahre zuvor, im September 1970, waren 6 000 Kollegen aus dem Werk in die Stadtmitte und vor das Gewerkschaftshaus gezogen, um für ihre Forderungen zu demonstrieren. Und nur ein Jahr später, im August 1973, traten die Kollegen in einen spontanen Streik für eine Teuerungszulage von 300 DM. „Nur mit brutaler Gewalt", schrieb die „Zündkerze", die Betriebszeitung der KPD/ML damals, „konnte der Streik gestern gebrochen werden. Die fortschrittlichsten Abteilungen sollten isoliert werden, sämtliche Verbindungen unter den Abteilungen sollten flach fallen, ja sogar die Verbindungen nach draussen wurden abgerissen. Sämtliche Telephone waren gesperrt, mit denen man nach draussen telephonieren konnte. Der Werkschutz photographierte in den Abteilungen Kollegen. In Arbeitskleidung verkleidet, mischte er sich unter die Arbeiter, riegelte Abteilungen ab. Die Kollegen durften die Abteilungen nur mit Schein und teilweise nur in Begleitung des Werkschutzes verlassen. Aus dem Tor kam man nur, wenn man den Ausweis hinterlegt hatte. An den Schaltern, mit denen die Bänder ausgeschaltet werden, standen überall Werksbullen. Auch zivile Spitzel haben sie eingesetzt. Die Meister und Abteilungsleiter haben jeden Kollegen persönlich bearbeitet. Wer nicht so tat, wie sie wollten, musste zur Personalabteilung. (. . .) In Werk zwei wurden die Tore mit dicken Eisenketten verriegelt. Vor den Toren standen Zivilbullen und ein Hubschrauber kreiste über der Fabrik."

In allen diesen Streiks mussten die Kollegen nicht nur gegen die Opelkapitalisten, sondern auch gegen ihre Handlanger, den imperialistischen Gewerkschaftsapparat und die modernen Revisionisten der D„K"P kämpfen. **Von Anfang an, seitdem die „Zündkerze" im April 1970 zum ersten Mal erschien, hatte die Betriebszelle der Partei den Kollegen erklärt, dass ohne den Kampf gegen den arbeiterfeindlichen, imperialistischen Gewerkschaftsapparat, ohne den Kampf gegen die modernen Revisionisten, an einen Erfolg überhaupt nicht zu denken ist. Die Betriebsratsclique um Perschke, Labensberg, Gantenberg usw. ist durch und durch korrupt, treue Diener ihrer Herren in Detroit, die vor keiner Gemeinheit zurückschrecken, um die Kollegen zu betrügen, zu verraten und ihren Kampf zu unterdrücken.**

Als im August 1973 die Kollegen ihren Streik gegen alle Angriffe verteidigten und einzelne Streikbrecher militant von ihrem Arbeitsplatz fortzerrten, als die Kollegen durch die Hallen marschierten und die Bänder wieder abstellten, die die Kapitalisten kurz zuvor in Betrieb gesetzt hatten, da versuchte dieser Verräter von einem Dach aus die Kollegen zum Abbruch des Streiks zu überreden: „Wir wollen doch die Fronten nicht verhärten, wir sollten doch die weiche Welle nehmen und an das neue Modell denken." Gleichzeitig liefen andere Betriebsräte durch die Reihen, um die Kampffront zu spalten, indem sie Propaganda machten wie: „Die Geschäftsleitung ist euch doch nun schon entgegengekommen, jetzt müsst ihr auch mal entgegenkommen. Arbeitet doch mal für zwei Stunden wieder." Das „Entgegenkommen" der Kapitalisten bestand damals in einem unverschämten Drohbrief an die Kollegen, in dem ihnen das „Angebot" gemacht wurde, die Streikschichten durch Überstundenarbeit hereinzuholen.

Die Clique um Perschke hat immer die Unterstützung der modernen Revisionisten der D„K"P gehabt, die Perschke und Co. als die „wahren Interessenvertreter der Belegschaft" priesen. Als die Kollegen im August 1973 beschlossen, von Werk I nach Werk II zu ziehen, nutzte der Verräter Jascyk von der D„K"P eine Lücke im Demonstrationszug, um den Zug zu spalten und die Kollegen zur Umkehr zu bringen. Damit bereitete Jascyk den offenen Terror vor, mit dem die Opelkapitalisten dann den Streik unterdrücken konnten.

Die modernen Revisionisten der D„K"P und vor allem ihre Betriebszeitung, der „Rote Kadett", führten die ganze Zeit über einen Scheinkampf gegen die amerikanischen Imperialisten. So beklagten sie z. B. das „willkürliche Schalten und Walten der Bosse aus Detroit", um dagegen die – Mitbestimmung zu propagieren. Im Auguststreik 1973 entfachten sie eine besonders „radikale" Demagogie gegen General Motors aber nur, um zu erreichen, daß die Kollegen „im Kampf zwischen der deutschen Opel-Führung und Detroit den deutschen Managern in Rüsselsheim gegen die Amis den Rücken stärken".

Begleitet war diese offene Aufforderung an die Arbeiter, auf die Imperialisten selbst zu vertrauen, von der Begleitmusik der modernen Revisionisten der D„K"P: Verstaatlichung, um die Macht der US-Konzerne zu brechen; verstärkte wirtschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion, weil das „die Arbeitsplätze sicherer macht". Schutz des kapitalistischen Systems, Schutz der Profite und des Einflusses der amerikanischen Imperialisten, Unterstützung der expansionistischen Pläne der sowjetischen Sozialimperialisten, das ist der Zweck der Propaganda der modernen Revisionisten.

Der unaufhaltsame Aufstieg von Jascyk ist die Belohnung seiner treuen Dienste für das Kapital: Stand er bei den Betriebsratswahlen 1970 noch an 28. Stelle der IGM-Liste, ist er jetzt auf Platz zehn vorgerückt. Ausserdem wurde er mit der Schlüsselposition des stellvertretenden Vertrauensleutekörperleiters belohnt.

Aber Terror und Verrat konnten den Kampf der Opelarbeiter nicht unterdrücken. Im Gegenteil, die Empörung über die Bonzen der IGM, über die korrupte Betriebsratsclique wuchs und bei den Betriebsratswahlen 1972 wählten 2 000 Kollegen die Liste 2, die Liste der „Gewerkschaftsoppositionellen Gruppe". Im Frühjahr 1973 deckte der klassenkämpferische Betriebsrat Rudi Wischnewski auf, dass Perschke, Gantenberg, Labensberg usw. die ganze Zeit über ihre Stellung im Betriebsrat ausgenutzt hatten, um sich durch den Verkauf von Waren und die Vermittlung von Versicherungsabschlüssen zu bereichern. Sie gingen sogar soweit, die Einstellung von einigen Frauen bei Opel davon abhängig zu machen, dass sie vorher bei einem Gelsenkirchener Geschäft Möbel kauften. Wucher, Erpressung, Menschenhandel – so sahen in Wirklichkeit die „wahren Interessenvertreter der Belegschaft" aus. Und als eines Tages „hoher Besuch" der amerikanischen Imperialisten aus Detroit nach Bochum kam und deshalb der normale Zugang zum Werk geschlossen wurde, öffnete Rudi kurzentschlossen den Schlagbaum für die Kollegen. Rudi Wischnewski wurde aus dem Betrieb geworfen, aber im Kampf um seine Wiedereinstellung unterschrieben dreitausend Kollegen den Antrag auf Auflösung des alten Betriebsrates.

Die Betriebszelle der Partei und die „Zündkerze" hatten die „GOG" von Anfang an unterstützt, gleichzeitig aber den Kampf gegen den Opportunismus einiger Führer der GOG, vor allem der Betriebsräte Schmitz und Schaumberg geführt. **Keine Illusionen in den Gewerkschaftsapparat, unversöhnlicher Kampf gegen den Verrat der modernen Revisionisten, Kampf für den revolutionären Zusammenschluss der Kollegen, für den Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition – dafür kämpfte die Partei.** Auf der Belegschaftsversammlung im Frühjahr 1974 rief Genosse Jochen Beyer die Kollegen zum revolutionären Kampf gegen die kommenden Massenentlassungen auf. Als er kurze Zeit darauf von den Kollegen seiner Abteilung zu ihrem Vertrauensmann gewählt werden soll, werfen ihn die Bonzen der IGM aus der Gewerkschaft und die General Motors-Bosse aus dem Betrieb.

Angesichts der bevorstehenden Massenentlassungen fürchten die Opelkapitalisten und ihre Handlanger im Betriebsrat, die IGM-Bonzen und die modernen Revisionisten der D„K"P, den wachsenden Einfluss der Partei, sie fürchten, dass immer mehr Kollegen im Kampf die Notwendigkeit des revolutionären Zusammenschlusses erkennen. Die Tatsache, dass Perschke auf den Betriebsversammlungen wie wild gegen die sozialistischen Länder China und Albanien hetzt, dass er in der Manier des Diebes, der „Haltet den Dieb!" schreit, demagogisch erklärt, dass noch in jeder Revolution Arbeiterverräter aufgetaucht sind, enthüllt die Angst dieser Herren nicht nur vor dem revolutionär geführten Tageskampf der Arbeiter, sondern hauptsächlich davor, dass immer mehr Kollegen erkennen, dass die Partei recht hat, wenn sie sagt: Es gibt nur einen Ausweg aus Ausbeutung und Unterdrückung, aus Krise und Arbeitslosigkeit – den Weg der proletarischen Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus.

Im Frühjahr 1974 wird Perschke zu seinen Herren nach Detroit bestellt, um die Befehle für die Durchführung der geplanten Massenentlassungen zu bekommen. Aus den USA zurück, verhöhnt er die zigtausenden von Kollegen, die von General Motors in den USA auf die Strasse gesetzt wurden. Er sagt: „Nun haben sie endlich Zeit zum Footballspielen." In der Tasche hat er die Pläne für die Entlassungen tausender deutscher und spanischer Kollegen, hat er den perfiden Plan, ihnen die Entlassungen mit dem Abfindungsbetrug schmackhaft zu machen. Er weiss natürlich genau, dass die Kollegen kein Arbeitslosengeld bekommen, dass die Abfindung schon nach kurzer Zeit aufgebraucht sein wird, aber was kümmert diesen Verräter die Not und das Elend der Arbeiter.

Die angeblich sicheren Arbeitsplätze, die die Kapitalisten und ihre Handlanger 1962 versprochen hatten? Nichts als Lüge und Betrug. Im Kapitalismus gibt es für die Arbeiterklasse keine Sicherheit. In einem Jahr, von April 1973 bis Mitte 1974 warfen die Opelkapitalisten 10 000 Kollegen auf die Strasse. Im Dezember enthüllt die „Zündkerze", dass sie planen, die Endmontage in Bochum stillzulegen, dass weitere tausende Kollegen entlassen werden sollen. Um so schändlicher ist in dieser Situation der Verrat der Führer der GOG. Sie, auf die viele Kollegen die Hoffnung gesetzt hatten, dass sie ihnen im unversöhnlichen Klassenkampf vorangehen, deren Führer sich, wenn auch nur im kleinen Kreis, Kommunisten nennen, reden jetzt von einem „sachlichen Miteinander" – mit den Bonzen, den Unterdrückern der Arbeiter. Einer ihrer Betriebsräte stimmt sogar der Kurzarbeit zu, sie verbreiten die Illusion, dass der Gewerkschaftsapparat erobert werden kann und reden von der „demokratischen Kontrolle" der Gewerkschaftsführer. Sie gehen sogar so weit, den Genossen Jochen Beyer aus ihrer Gruppe auszuschliessen, weil er Kommunist ist. Sie gebrauchen dabei die gleichen „Argumente", die schon die IGM-Bonzen gebraucht hatten, um Jochen aus der Gewerkschaft zu werfen.

Angesichts dieses Verrats wird die Betriebszelle der Partei ihren Kampf gegen alle opportunistischen und revisionistischen Handlanger der Opelkapitalisten verstärken und im Kampf gegen Krise, Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit den Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition vorantreiben. An der Seite der Kollegen, im Kampf gegen alle Angriffe der Kapitalisten wird die Partei ihre Anstrengungen verstärken, den Arbeitern bei Opel den einzigen Ausweg aus kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung zu zeigen, den Weg der proletarischen Revolution.

Kampf gegen die hegemonistische Politik der Sowjetunion - Eine unerlässliche Voraussetzung für die Verteidigung der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker

In seiner Rede vom 3. Oktober 1974 warnte Genosse Enver Hoxha, 1. Sekretär der Partei der Arbeit Albaniens, vor der Gefahr für die Völker der Welt, die von den beiden Supermächten ausgeht: „Seid vorsichtig! Der amerikanische Imperialismus und der russische Imperialismus treiben die Welt in einen Weltkrieg, schrecklicher als alle bisherigen!" Für die Völker der Welt, insbesondere auch für unser Volk, das unter der Vorherrschaft beider Supermächte zu leiden hat, bedeutet das, daß der Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit, der aufs engste mit dem Kampf für den Sozialismus verbunden ist, nur dann erfolgreich sein wird, wenn er sich gegen die hegemonistische Politik der einen wie der anderen Supermacht richtet, wenn die Völker nicht nur den US-Imperialismus, sondern ebenso den sowjetischen Sozialimperialismus in die Knie zwingen, der sich mehr und mehr zum Hauptfeind der Völker der Welt entwickelt.

Gegen die Lügen der sowjetischen Sozialimperialisten von „Entspannung und Sicherheit" veröffentlichte die Zeitung „ZERI I POPULLIT", Organ des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, am 14. März 1975 einen Artikel, in dem der durch und durch aggressive, expansionistische und hegemonistische Charakter des sowjetischen Sozialimperialismus umfassend entlarvt wird. Wir drucken den Artikel nachstehend in Auszügen ab.

„Die sowjetrevisionistischen Führer schlagen in letzter Zeit einen großen Lärm, um zu beweisen, daß die Welt dank der „friedliebenden Politik" der Sowjetunion heute angeblich in einer ruhigen Periode des Friedens und der Sicherheit lebt. Wenn man nicht wüßte, welche Absichten die neuen Kremlzaren verfolgen, könnte man sich möglicherweise sogar von den revisionistischen Betäubungsversuchen betrügen lassen und auf ihre pazifistische Demagogie hereinfallen. Doch in dem Kampf, den die Völker gegen die aggressiven und reaktionären Kräfte führen, steht die Sowjetunion jenseits der Barrikade und ist ein Gegner der Völker.

Nach der Aggression gegen die Tschechoslowakei und den Provokationen an der Grenze mit China, nach der Einmischung in den letzten indisch-pakistanischen Krieg und den Nahost-Konflikt ist der imperialistische Hunger der sowjetischen Führer größer geworden. Sie verlangen „ihr Teil" bei der Aufteilung der Welt.

Die Hauptrichtungen der territorialen, politischen, ökonomischen und militärischen Expansion sind offensichtlich. Es sind dieselben Pfeile, die schon in die alten Stabskarten des Zarenreichs eingezeichnet waren, gerichtet auf den Balkan und das Mittelmeer, die Ostsee und Nordeuropa, Wien und Berlin, den Indischen Ozean und das Japanische Meer.

Die Politik der Sowjetunion ist aggressiv, expansionistisch und hegemonistisch in jeder Hinsicht und in allen ihren Bestandteilen. Sie ist es gegenüber den „Freunden" und den Feinden, den grossen und kleinen Völkern Europas oder Asiens. In Rivalität mit den Vereinigten Staaten um die Weltvorherrschaft, um Absatzmärkte und Eroberungen ist diese Politik die Ursache der heutigen Krisen und Spannungen, der internationalen Streitigkeiten und Konflikte.

Jedermann kann heute sehen, was in den scheinsozialistischen Ländern Osteuropas geschieht, die durch den Warschauer Pakt, den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und die sogenannte sozialistische Integration gebunden sind. Einst hieß es, diese Länder hätten eine „begrenzte Souveränität", sie seien halb unabhängig. Dieser Zustand gehört heute der Vergangenheit an. Heute kann nur von einer „verlorenen Souveränität" die Rede sein, von einer zertretenen Freiheit und einer allseitigen Unterwerfung. In Osteuropa geht gegenwärtig ein intensiver Prozeß vor sich, in dessen Verlauf die besondere politische, ökonomische und militärische Eigenständigkeit der osteuropäischen Länder verschwindet, und sie im sowjetischen Staat aufgehen. Das jüngste juristische Abkommen zwischen der Sowjetunion und Bulgarien, das den in Bulgarien befindlichen Sowjetbürgern offensichtlich Privilegien einräumt, ist ein klares Beispiel für diese Tendenz.

Die revisionistischen Länder betreiben nicht mehr eine selbständige nationale Innen- und Außenpolitik. Partei- und Staatsführungen werden von den sowjetischen Kaderdirektionen ein- oder abgesetzt, ebenso werden die ökonomischen, kulturellen und anderen Programme in den Kanzleien des Kreml geplant und ausgearbeitet.

In die Schachereien mit den amerikanischen, westdeutschen, englischen und anderen Häuptern verwickelt Breschnew auch die Interessen dieser Länder und setzt ebenfalls ihre Haltung und Tätigkeit für die Zukunft ein. Warschau, Berlin, Prag oder Budapest wurden nie vorher gefragt, ob sie sich mit den deutschen Revanchisten küssen wollen, ob sie sich für die sowjetischen Abenteuer im Nahen Osten einspannen lassen wollen, ob sie bei der chinafeindlichen Kampagne des Kreml mitmachen wollen. Die polnischen, bulgarischen, ungarischen, tschechoslowakischen und anderen Führer werden erst nach vollendeter Tatsache unterrichtet, als wären sie Gebiets- und Bezirkssekretäre, die ins Zentrum gerufen werden, um über eine von oben beschlossene Linie unterrichtet zu werden und sie durchführen.

Ein Kennzeichen eines unabhängigen Landes ist die Existenz einer unabhängigen nationalen Armee. Haben die revisionistisch beherrschten Länder Europas eine solche Armee? Sie haben keine unabhängige nationale Armee und sind darüber hinaus militärisch besetzt. Nach den Ereignissen von Prag ist die Zahl der sowjetischen Militäreinheiten überall gestiegen, sie machen jetzt zig Divisionen aller Waffengattungen aus. Ihre Mission ist vielseitig, sie stehen aber in erster Linie dort, um die imperialistischen sowjetischen Interessen zu verteidigen, um als Wache für die Konterrevolution zu dienen und jede Volkserhebung gegen das revisionistische Regime und die Fremdherrschaft zu unterdrücken. Die Truppen der revisionistischen Länder sind vollständig an den Warschauer Pakt gebunden und werden vom sowjetischen Generalstab voll und ganz kontrolliert. Für jede einzelne Patrone hängen sie von Moskau ab und werden von Gretschko und Jakubówski nicht anders als gewöhnliche sowjetische Armeen betrachtet und behandelt.

Nicht zu übersehen ist die Tatsache, daß die Satellitenländer auch auf dem Gebiet der Wirtschaft ihre Unabhängigkeit verloren haben. Die meisten von ihnen haben keine nationale Energiebasis und hängen von den sowjetischen Kohle- und Erdöllieferungen ab. (. . .) Das schlimmste ist aber, daß die Wirtschaftsentwicklung dieser Länder einseitig und nicht in Übereinstimmung mit den nationalen Bedingungen und Erfordernissen erfolgt. Unter dem sowjetischen Druck wird die Wirtschaft der Mitgliedsstaaten des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe als Bestandteil der sowjetischen Wirtschaft und im Einklang mit deren Erfordernissen aufgebaut. Sie stecken so fest im Griff des sowjetischen Finanz- und Kreditsystems, daß sie gar keine Möglichkeit haben, sich normal, selbständig und aussichtsreich zu entwickeln. Die Sowjetunion hält die wichtigsten Mittel und Hebel in der Hand, die eine entscheidende Rolle bei der Erstellung und Durchführung der Wirtschaftspläne der RGW-Länder spielen, wie Rohstoffe, schwere Maschinen, Banken und Kredite, technologische und wissenschaftliche Unterlagen, Absatzmärkte usw. Gosplan (staatliches Plankomitee der UdSSR) bestimmt die Grundlinien der Wirtschaftspläne dieser Länder, die Kennziffern und Arten der Produktion, den Umfang der Investitionen, den Konsumtionsfonds usw.

Der sogenannte sozialistische Internationalismus, auf den man in Moskau von früh bis spät schwört, ist gemeine Demagogie, ein großspuriges Geschrei, um den wilden Chauvinismus, die militärische Besetzung und die kolonialistischen Raubzüge zu verschleiern, ein Manöver, um mit Worten jene bedrückende Lage der Unterwerfung und Versklavung zu übertönen, in der die Völker des revisionistischen Europa leben.

Nicht weniger chauvinistisch und hegemonistisch ist auch die Politik, die die sowjetischen Führer gegenüber den „Bruderparteien" des Westens betreiben. Sie wollen die anderen revisionistischen Parteien in Anhängsel der sowjetischen Außenpolitik, in folgsame Instrumente der Kreml-Diplomatie verwandeln. Sie wollen „sowjetische Parteien" haben, so wie es auch „amerikanische", „englische" und andere Parteien gibt."

Der Artikel hebt im weiteren hervor, daß die sowjetischen Führer starken Druck auf die revisionistischen Parteien ausüben, damit diese bei den sowjetischen Schachereien und Kombinationen mit den bürgerlichen Regierungen im Westen in keiner Weise hinderlich sind. Während es den gegenwärtigen Aufgaben der werktätigen Massen entspricht, der wütenden Offensive des Monopolkapitals entgegenzutreten und um die Verteidigung ihres Lebensniveaus zu kämpfen, gegenüber der Gefahr des Faschismus und der Gefahr, daß die Völker in die militaristischen Abenteuer der Bourgeoisie hineingerissen werden, wachsam zu sein, fordert Moskau, das sich noch immer als „Zentrum des Weltkommunismus" ausgibt, die revisionistischen Parteien des Westens auf, sich dringend und so bald wie möglich zu versammeln, um die „europäische Sicherheit" zu diskutieren, die bekanntlich gegenwärtig das wichtigste Unternehmen der Kreml-Diplomatie ist.

„Der Kreml", schreibt „Zeri i Popullit", „will die revisionistischen Parteien Europas gegen alle mobilisieren, die die expansionistische und hegemonistische Politik der Sowjetunion in Europa ablehnen, besonders gegen China und Albanien, die die barbarische Unterdrückung und Ausbeutung der Länder Osteuropas durch die Sowjetunion, ihre Pläne und Drohungen dem Balkan und anderen Ländern unseres Kontinents gegenüber mit Nachdruck entlarvt und verurteilt haben.

Der Kreml schert sich nicht darum, ob die revisionistischen Parteien durch ihre Teilnahme an der nach Ostberlin einberufenen Beratung eine große Verantwortung übernehmen und gegen die Interessen ihrer Länder und anderer Völker handeln, ob sie noch mehr diskreditiert und bloßgestellt werden. Es genügt ihm, daß er seine Ziele erreicht, alles andere gilt ihm nichts.

Mit Worten spielen sich die Sowjetrevisionisten so auf, als stünden sie an der Seite der gegen Imperialismus und Kolonialismus, für Freiheit und nationale Unabhängigkeit, für Gleichheit und volle Rechte in den internationalen Beziehungen kämpfenden Völker. In Wirklichkeit sind sie Streikbrecher, Abwiegler der revolutionären Kämpfe. Zusammen mit dem amerikanischen Imperialismus ringen sie um die Sicherung der Einflußbereiche, die Eroberung neuer Märkte, die Unterwerfung und Ausbeutung der Völker.

Ihre Haltung gegenüber dem Befreiungskampf der arabischen Völker enthüllt täglich mehr, daß die Sowjetunion die nationalen Befreiungsbewegungen im Lichte ihrer engen imperialistischen Interessen und im Rahmen der Rivalität mit den Vereinigten Staaten um politisch-ökonomischen Einfluß und strategische Positionen betrachtet und behandelt. Sie manövrieren und intrigieren, damit im Nahen Osten nichts gelöst wird und alles in der Schwebe bleibt, um sich dort für immer festkrallen zu können. Wie einst Eisenhower betrachten sie dieses Gebiet als „Vakuum", das durch ihre militärische, politische, wirtschaftliche und andere Anwesenheit gefüllt werden muß. (. . .)

In der Welt gibt es eine neue Erscheinung, die immer stärker den Verlauf des internationalen Lebens beeinflußt. Es ist der Kampf der Völker der Entwicklungsländer dafür, die volle und wirksame Souveränität über ihre Naturquellen herzustellen und eine gerechte internationale Wirtschaftsordnung zu errichten.

Auch hierbei stehen die Sowjetrevisionisten auf der anderen Seite der Barrikade zusammen mit den Imperialisten und gegen die Völker (. . .)

Da die Sowjetunion die gleiche Politik bei den Preisen und der Eroberung der Märkte wie die großen Monopolgesellschaften betreibt, da sie sich zu den großen Goldspekulanten gesellt oder mit den Weizen-, Zucker- und anderen Preisen spielt, gehört sie zum Lager jener reaktionären und konservativen Kräfte, die versuchen, den Kampf der Völker zur Verteidigung ihrer Reichtümer gegenüber der imperialistischen Ausbeutung aufzuhalten. Sie nimmt teil an der konterrevolutionären kapitalistischen Gruppierung, die sich bemüht, den Kampf der Entwicklungsländer für ihre politische und ökonomische Emanzipation zu treffen und deren Anstrengungen zu sabotieren, Gleichberechtigung im Handelsaustausch herzustellen. Kurz gesagt, sie kämpft gemeinsam mit den amerikanischen und anderen Imperialisten dafür, eine Art Kolonialismus zu errichten, ebenso brutal und barbarisch wie der alte.

Die charakteristische Besonderheit der imperialistischen Politik der sowjetischen Führer besteht darin, daß sie sich bemühen, ihre expansionistischen Anstrengungen und ihre konterrevolutionäre Tätigkeit mit Friedensphrasen und beruhigenden Parolen zu verschleiern. **Ihre Politik bezeichnen sie nicht mehr und nicht weniger als „ein Friedensprogramm". Ihre Behauptungen und die Wirklichkeit sind jedoch weit voneinander entfernt. „Ihr Friedensprogramm" ist ein Kriegsprogramm. Es ist das Programm der Förderung des Wettrüstens und der Erhöhung der Militärausgaben, das Programm der politischen und ökonomischen expansionistischen Durchdringung anderer Länder. Es ist das Programm der Verstärkung der Politik des Diktats und der Willkür gegenüber anderen Ländern. Es ist nicht das Programm der Entspannung, wie sie behaupten, sondern der Erhöhung der Spannung. Heute ist es in Moskau üblich geworden, daß jeder Gegner ihres Programms und ihrer „Entspannung" gleich zum „Feind des Friedens", zum „Gegner der Entspannung" erklärt wird. Diese Drohungen schüchtern aber niemanden ein. Die Völker, die gegen das „sowjetische Friedensprogramm" sind, waren und sind stets für den wirklichen Frieden und die wirkliche Entspannung zwischen den Staaten. Und unter ihnen gibt es keine „Feinde", wie die Sowjetrevisionisten sie nennen, sondern es gibt Gegner des Imperialismus und Sozialimperialismus, Gegner deren aggressiver und expansionistischer Politik.**

Unter Entspannung verstehen die Sowjetrevisionisten, daß die Völker den Kampf gegen den Imperialismus und Sozialimperialismus einschränken, daß die Nationen und Länder ihre Anstrengungen einstellen, um die Einmischungen und den Druck der beiden Supermächte zurückzuweisen und deren Politik und konterrevolutionäre Komplotte zu bekämpfen und zu entlarven. Die Völker werden ihnen diesen Gefallen nicht tun (. . .)

Die sowjetische Kampagne der „Entspannung" erfolgt nicht ohne Absicht. Durch sie soll die revolutionäre Wachsamkeit der Völker gegenüber den Gefahren und Drohungen der beiden Supermächte geschwächt werden. Sie soll die Massen ideologisch und psychologisch bearbeiten, damit sie die aggressive sozialimperialistische Politik schlucken und ihren Widerstand gegen sie abschwächen.

Die Heuchelei, der Zynismus und die Heimtücke dieser Kampagne zeigen sich auch darin, daß die Moskauer Herren, während sie einerseits über friedliche Koexistenz, über gutes Einvernehmen und Entspannung zwischen den Staaten schwätzen, andererseits die antichinesischen Angriffe intensivieren, Diversion und ultrareaktionäre Propaganda fördern, um die Lage in China in einem schlechten Licht darzustellen und die chinesische Innen- und Außenpolitik zu bekämpfen. In letzter Zeit, vor allem nach dem erfolgreichen Abschluß der Arbeiten des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China, ist ihr antichinesischer Eifer noch größer geworden. (. . .)

Das aus der Großen Proletarischen Kulturrevolution hervorgegangene China ist das unbezwingbare Bollwerk der Revolution und des Sozialismus. Sein Beispiel begeistert und ermutigt die Kämpfer für Freiheit und gesellschaftlichen Fortschritt in der ganzen Welt. Die Zerschlagung der konterrevolutionären revisionistischen Cliquen Liu Schao-tschis und Lin Biaos und die vernichtende Kritik an ihren bürgerlichen und reaktionären Ansichten haben die Diktatur des Proletariats in China noch mehr verstärkt und konsolidiert.

Die Tagung des Nationalen Volkskongresses war ein weiterer großer Sieg der Kommunistischen Partei Chinas, ihrer revolutionären Linie und der Ideen des Genossen Mao Tsetungs, ein glänzender Sieg des Sozialismus in China. Sie legt Zeugnis ab von der Einheit der Partei, des Volkes und der Armee, von dem allseitigen Fortschritt Chinas, von den glänzenden Aussichten, die vor dem fleissigen und revolutionären chinesischen Volk liegen.

Diese großen Erfolge machen die Sowjetrevisionisten wütend, lassen sie das Gleichgewicht und die Logik verlieren, in Absurditäten verfallen und sich selbst entlarven. (. . .) Keine einzige antichinesische Kampagne, ob groß oder klein und woher sie auch kommen mag, kann den Platz und die Rolle Chinas in der internationalen Arena herabsetzen. Die für Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand kämpfenden Völker spüren immer stärker die Unterstützung und Solidarität des großen China. Die Sowjetrevisionisten und ihre Verbündeten werden niemals die Liebe, Achtung und Wertschätzung der Völker für das große Volkschina, seine ruhmreiche Partei und den Vorsitzenden Mao Tsetung zerstören können.

Die Analyse der Außenpolitik der Sowjetunion und ihrer täglichen Tätigkeit auf der internationalen Arena führt zu der unweigerlichen Schlußfolgerung, daß die Sowjetunion eine imperialistische Politik verfolgt, die gegen den Frieden im allgemeinen, gegen die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker gerichtet ist. Sie hat die Tendenz, sich zu einer immer größeren Aggressivität weiterzuentwickeln, zu einer verstärkten Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, zur Intensivierung des Wettrüstens und der Kriegsvorbereitungen.

Die Krisensituation, in der heute die imperialistische und revisionistische Welt steckt, die unbarmherzige Rivalität mit dem amerikanischen Imperialismus treibt die sowjetischen Sozialimperialisten zu einer noch stärker militaristischen Politik, die zu militärischen Abenteuern überall, in Europa und in Asien, an den Atlantikküsten und an den Küsten des Stillen Ozeans, im Süden und im Norden führen kann.

Genosse Enver Hoxha sagte in seiner Rede am 3. Oktober: „Seid vorsichtig! Der amerikanische Imperialismus und der russische Imperialismus treiben die Welt in einen Weltkrieg, schrecklicher als alle bisherigen! Diese beiden sind an den heutigen großen Krisen schuld, sie rivalisieren miteinander um die Weltherrschaft, sie kämpfen, um die Märkte zu erobern, was soviel heißt, wie die Völker zu unterjochen und zu versklaven. Sie sind es, die volksfeindliche Cliquen und Regierungen aufrüsten, um sie als Gendarmen und Kanonenfutter für das unvermeidliche Blutbad zu haben, das sie vorbereiten, wenn wir sie gewähren lassen."

Die Völker können nicht mit verschränkten Armen dastehen und nichts gegen die verbrecherische Tätigkeit der sowjetischen Sozialimperialisten unternehmen, wie man es in Moskau gerne sehen würde. Sie können auch nicht die zahlreichen feindseligen Propagandafeldzüge des Kreml, seine verlogenen und betrügerischen Parolen, die Demagogie des „Friedens", der „Sicherheit", der „Entspannung" usw. durchgehen lassen, ohne sie zu verurteilen und entschieden abzulehnen. Die sozialimperialistische Politik insgesamt und jede einzelne ihrer aggressiven Handlungen entschlossen und Schritt um Schritt abzuwehren, wie auch den amerikanischen Imperialismus zu entlarven und zu bekämpfen, ist eine historische Notwendigkeit, um die sozialistischen Errungenschaften und die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker zu verteidigen und eine Voraussetzung, um die großen Gefahren, die der Menschheit durch die beiden Supermächte drohen, zu verhindern und abzuwehren.

Köln, Nordenham und Düsseldorf

Rote Betriebsräte gewählt

In mehreren Betrieben haben die Betriebsratswahlen stattgefunden. Dabei standen in verschiedenen Betrieben Rote Kandidaten zur Wahl, die gegen den imperialistischen Gewerkschaftsapparat für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition kämpfen und an der Seite der KPD/ML stehen. Hatten reaktionäre Betriebsräte und Geschäftsleitungen anfangs versucht, die Kandidatur Roter Betriebsräte durch Entlassungen der Genossen zu verhindern, so begannen sie, wo ihnen das nicht gelang, eine unverschämte Hetze gemeinsam mit den D„K"P-Revisionisten gegen die Roten Betriebsratskandidaten.

Doch dort, wo es gelang, die Kandidatur revolutionärer Betriebsratskandidaten durchzusetzen, wurden sie trotz und in vielen Fällen auch gerade gegen die teilweise sogar offen faschistische Hetze der Gewerkschaftsführer und D„K"P-Revisionisten mit breiter Zustimmung von den Kollegen gewählt. Für die Partei wurden dabei bedeutende Siege errungen.

Bei Klöckner-Humboldt-Deutz in Köln, wo der Betriebsrat mit den lächerlichsten Begründungen versuchte, die Unterschriftenliste für die Kandidatur abzulehnen (die Unterschriften seien unleserlich usw.), wurde bei der Wahl ein bedeutender Erfolg erzielt: von drei Roten Kandidaten wurden zwei in den Betriebsrat gewählt, wobei ein besonderer Erfolg ist, daß beide Kandidaten Frauen sind. **Sie hatten die Stimmen von fast 9% der Belegschaft bekommen.**

In Nordenham, bei Felten & Guillaume hatten die reaktionären Betriebsratsbonzen vor der Wahl aufs unverschämteste gegen den Roten Betriebsratskandidaten Gerd Coldewey gehetzt und sogar versucht, Kollegen zu mobilisieren, um seine Entlassung zu erreichen. Auf diese Weise wollten sie erreichen, daß die Entlassung so aussieht, als hätten die Kollegen sie gewollt.

Am 4. April gelang es einem reaktionären Betriebsrat in seiner Halle, an die 10 Kollegen zu überzeugen, daß nach dem Frühstück für eine halbe Stunde die Arbeit nicht aufgenommen werden sollte. Er hatte ihnen vorgemacht, daß sich der Kurzstreik gegen die Listenwahl richten solle. Nur einige wenige der 10 wußten, um was es wirklich ging. Doch wenige Tage später konnten alle Kollegen schwarz auf weiß lesen, was für eine Schweinerei der Betriebsrat angezettelt hatte. In einem Flugblatt, das für den reaktionären Betriebsrat verteilt wurde, hieß es: „Am 4. April 1975 demonstrierten Beschäftigte der Halle 2 ihre Geschlossenheit gegen die Schmierereien, die Lügen und Beleidigungen des G. Coldewey und seiner Clique. Auch in den anderen Bereichen des Betriebes ist die Empörung gegen die arbeitnehmerfeindlichen Pamphlete der faschistischen KPD/ML sehr groß – Beweis: Spontane Unterschriftensammlung gegen Coldewey." Tatsächlich hatte der reaktionäre Betriebsrat versucht, den Kollegen Unterschriften abzupressen, doch sie waren damit gescheitert. An anderer Stelle des Flugblatts heißt es: „Wer Coldewey wählt, wählt seinen Gegner (mit Lügen kann man keine Betriebsratsarbeit leisten). Wer Coldewey wählt, wählt die Zerstörung der Demokratie. Wer Coldewey wählt, wählt Unsicherheit. Darum: Coldewey darf kein Interessenvertreter der Arbeitnehmer werden. Er würde auch nachher mit Lügen und Terror arbeiten."

Diese teilweise direkt faschistische Hetze gegen den Roten Betriebsratskandidaten schlug ein – aber nicht so, wie es sich der reaktionäre Betriebsrat erhofft hatte. Die Kollegen waren empört über die schmutzigen Tricks und Verleumdungen. Sie, die ihren Kollegen Gerd von den Belegschaftsversammlungen alle kennen; die wissen, wie er sich für die Interessen der Kollegen kompromißlos eingesetzt hat, die die Flugblätter der KPD/ML seit langer Zeit lesen und die Entlarvung des Betriebsrates in der Betriebszeitung der KPD/ML „ROTER STROM" gut in Erinnerung haben, wußten nun noch besser, wer Lügner, wer Arbeiterverräter und wer faschistisch ist.

Hatten die IGM-Bonzen in ihrem Flugblatt aufgerufen „keine Stimme dem Chaoten Coldewey", so gaben die Kollegen bei der Wahl ihre Antwort: 28% der Kollegen stimmten für die Rote Liste und gaben damit dem revolutionären Betriebsratskandidaten Gerd Coldewey ihre Stimme. Die für die Rote Liste, auf der nur Genosse Gerd kandidiert hatte, abgegebenen Stimmen hätten gereicht, um drei Rote Kandidaten in den Betriebsrat zu bringen! Das ist ein ausgezeichneter Erfolg für die Kollegen von Felten & Guillaume, ein ausgezeichneter Erfolg für den Genossen Gerd Coldewey und die Partei!

Diese hohe Stimmenzahl widerlegt schlagend das Geschrei der D„K"P-Revisionisten von den „vollkommen isolierten Chaoten" und das Getöne der Gruppe Rote Fahne von den „Sektierern der KPD/ML", mit dem die KPD/ML verleumdet werden soll, weil sie stets am Marxismus-Leninismus festhält und den werktätigen Massen unverblümt die Wahrheit über ihre Lage sagt, ihnen anhand ihrer eigenen Erfahrungen immer wieder zeigt, daß es aus dem Kapitalismus nur den Ausweg der gewaltsamen proletarischen Revolution gibt. Die Kollegen verstehen dies sehr wohl und die Zahl derer, die die Richtigkeit dieses Weges immer klarer sehen, nimmt zu. Dafür sind u. a. diese Betriebsratswahlen, dafür sind dort, wo die Roten Betriebsratskandidaten aufgestellt wurden, die hohen Stimmenanteile für die revolutionären Kandidaten ein eindeutiger Beweis.

Bei Mannesmann in Düsseldorf-Rath wurde Genosse Uwe von mehr als 20% der Belegschaft in den Betriebsrat gewählt. Doch der vorige Betriebsrat, der noch bis zum 20. April besteht, läßt keine Möglichkeit aus, um gegen den Roten Betriebsrat Uwe vorzugehen. Gleich nach seiner Wahl erhielt er einen Revers von der IGM, was nichts anderes ist als das Vorspiel zu seiner Entlassung. Doch die Kollegen traten dem mit ihren Unterschriften entgegen, die Genossen am Betrieb sammelten. Was tat die Betriebsratsclique? Sie hat die Unterschriftensammler überfallen und versucht, ihnen die Listen abzunehmen, um die Kollegen, die unterschrieben haben, unter Druck zu setzen.

Schließlich wurden Vertrauensleutesitzungen abgehalten, zu denen nur Leute eingeladen wurden, auf die sie sich „verlassen können" oder die sie einzuschüchtern hoffen. Hinter geschlossenen Türen tobt und droht die Betriebsratsclique dann, um einen „einstimmigen" Entlassungsantrag an die Geschäftsleitung zu verabschieden. Der Entlassungsantrag wird unverschämterweise damit begründet, daß Uwe vor der Kantine in eine Schlägerei verwickelt gewesen sei. Gemeint ist damit der Überfall des Betriebsrates auf die Unterschriftensammler, wobei Uwe noch nicht einmal bei den Unterschriftensammlern dabei war, sondern noch – wie viele Kollegen bezeugen – Schicht hatte.

Als die V-Leute und reaktionären Betriebsräte nach der Sitzung in die Abteilung kommen und einzelne berichten, sind viele Kollegen wütend über dieses hinterhältige Manöver. Am nächsten Tag fassen sie den Plan, einen Protestbrief an den Betriebsrat zu schreiben. In einer Abteilung, wo noch vor wenigen Tagen viele Kollegen nicht an die schmutzigen Methoden des Betriebsrates glauben wollten, solidarisieren sich viele Kollegen mit Uwe. Jugendliche wollen in ihren Jugendgruppen, z. B. bei den Pfadfindern, wo viele Mannesmann-Jugendliche Mitglied sind, einen Protestbrief verfassen und Unterschriften sammeln.

Am nächsten Tag erkundigen sich viele Kollegen am Tor bei den Genossen: „Na, ist unser Uwe immer noch drin?" Jawohl, er ist. Drei Tage nach dem V-Leute-Beschluß haben Betriebsrat und Geschäftsleitung es nicht gewagt, die Entlassung perfekt zu machen, weil die Bewegung unter den Kollegen für den Genossen, für ihren Roten Betriebsrat so stark ist.

Trotz dieser Erfolge gibt sich die Partei nicht der Illusion hin, daß die Institution des Betriebsrates zu einem Instrument der Arbeiter werden kann, denn dafür hat das Kapital das BVG geschaffen, das den Betriebsrat an das Kapital fesselt, dafür hat es seine Agenten wie Gewerkschaftsführer und D„K"P-Revisionisten. Ein Roter Betriebsrat, der sich nicht um das BVG schert, sondern sich allein für die Interessen seiner Kollegen einsetzt, wird daher ständig vom Ausschluß und von seiner Entlassung bedroht sein. Das Beispiel bei Mannesmann-Rath beweist das. Der reaktionäre Betriebsrat, Geschäftsleitung und moderne Revisionisten der D„K"P werden alle Hebel in Bewegung setzen, denn für sie bedeutet ein Roter Betriebsrat, daß sie dann noch mehr entlarvt werden, daß die Kampfpositionen der Kollegen gegen den Verrat und den Betrug des Betriebsrates sich verbessern. Doch auch wenn die reaktionäre Betriebsratsclique bei Mannesmann-Rath, wie auch in den anderen Betrieben, wo Rote Kandidaten gewählt wurden, alle Hebel in Bewegung setzt, so kann dennoch der Kampf erfolgreich geführt werden, wenn die Kollegen entschlossen hinter ihrem Roten Betriebsrat stehen. Bei Siemens in Witten verteidigen die Kolleginnen bereits seit 1 1/2 Jahren erfolgreich ihre Rote Betriebsrätin Anette Schnoor.

GRF-Führer richten Anfrage an den "Herrn Ministerpräsidenten"

Eine Antwort an die Gruppe Rote Fahne

HEINZ KÜHN
Ministerpräsident

An die KPD
Regionalkomitee NRW
z. Hd. Herrn Bernt zur Mühlen

Sehr geehrter Herr zur Mühlen!

Wir mir berichtet wurde, kam es anläßlich des Besuchs Ihrer Parteidelegation im Regierungsgebäude zu einem Zwischenfall. Den verantwortlichen Stellen war gemeldet worden, Kommunisten wollten uns wegen der Regierungspolitik zur Rechenschaft ziehen. Sie werden verstehen, daß wir uns deshalb auf das Schlimmste vorbereiteten. Ihr werter Brief ging mir erst nach diesem Vorfall persönlich zu. Jetzt ist mir allerdings klar, daß es sich um ein bedauerliches Mißverständnis handelt. Es ist mir nach dem Studium Ihres Schreibens sofort aufgefallen, daß trotz des manchmal etwas rauhen Tones, der Inhalt Ihres Briefes es voll gerechtfertigt hätte, Ihre Delegation zu empfangen.

Besonders weiß ich es zu schätzen, daß Sie sich mit Ihren Sorgen und Nöten direkt an mich, den Ministerpräsidenten, mit der Bitte um Abhilfe wenden. Das unterscheidet Sie wohltuend von den sektiererischen Linksextremisten der KPD/ML, die auch jetzt die gegenwärtig für uns alle so schwierige wirtschaftliche Lage zum Anlaß nehmen, die Arbeiter zum Klassenkampf aufzuhetzen, ja sogar die gewaltsame sozialistische Revolution zu propagieren

Die von Ihnen genannten erschütternden Notfälle einzelner Arbeitsloser waren mir bisher völlig unbekannt. Auch wenn es sich nur um Ausnahmefälle handeln kann, so habe ich doch eine sofortige genaueste Überprüfung angeordnet; denn auch für uns steht der Mensch im Mittelpunkt des Handelns.

Tief getroffen hat mich allerdings der Satz Ihres Schreibens, in dem Sie die Landesregierung als eine „Regierung des Monopolkapitals" bezeichnen. Herr zur Mühlen, Ihr werter Brief ist doch sonst von dem Vertrauen durchdrungen, daß ich als Ministerpräsident wirkungsvolle Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Arbeitslosen und der Arbeiter einleiten werde. Können Sie dann aber ernsthaft glauben, ich würde auch nur einen Tag an der Spitze einer „Regierung des Monopolkapitals" stehen? Bitte überprüfen Sie noch einmal in aller Ruhe diesen Vorwurf. Lassen Sie sich auch hier von dem Geist Ihres Briefes leiten. Dann werden Sie diese Bezeichnung nicht mehr lange aufrechterhalten.

In Ihrem Brief weisen Sie darauf hin, daß die klassenbewußten Arbeiter sich nicht mit einigen Sprüchen zufrieden geben. Mit vollem Recht. Für jeden klassenbewußten Arbeiter waren unsere Taten schon immer aufschlußreicher als unsere Sprüche. Allerdings wird mir auch jetzt aus dem ganzen Land wieder berichtet, daß die klassenbewußten Arbeiter aus den bekannten Taten unserer Regierung wieder ganz andere Schlüsse ziehen, als wir erhofften.

Über einen Satz in Ihrem Schreiben habe ich mich aufrichtig gefreut. Zeigt er doch, daß wir über alle parteipolitischen Differenzen hinweg letztendlich für die gleichen Ziele eintreten. Wenn Sie sich verpflichten, daß Sie „jedes Wort und jede Regung des Herrn Ministerpräsidenten in die Arbeitsämter, in die Betriebe und unter die Massen tragen", so rechne ich Ihnen das hoch an. Denn heute gibt es selbst in meiner Partei leider gewisse Kräfte, die nicht mehr dazu bereit sind, unsere Regierungspolitik überall wirkungsvoll zu vertreten. Ihre Verpflichtung bedeutet gerade jetzt, kurz vor der Landtagswahl, für die Landesregierung eine große Hilfe. Dabei ist es meiner Meinung nach gar nicht notwendig, daß Sie jedes Wort und jede Regung von mir unter die Massen tragen. Überfordern Sie Ihre Kräfte nicht! Es reicht durchaus, wenn Sie sich auf einige wesentliche Erklärungen beschränken. Um hierüber genauere Absprachen und auch eine gewisse Arbeitsteilung mit der SPD und der Wählerinitiative „Bürger für die SPD" zu erzielen, möchte ich Sie für den 21. April um 10 Uhr in meine Diensträume zu einem vertraulichen Gespräch einladen. Eine Reihe von Schriften und Broschüren, die sich sehr gut zur kostenlosen Verteilung eignen, habe ich für Ihre Partei schon heraussuchen lassen. Ich bin aber auch gerne bereit, Ihnen ein Tonband zur Verfügung zu stellen, in dem ich auf Ihre Anfragen antworte. Als Titel empfehle ich „Der Herr Ministerpräsident antwortet auf dringende Anfragen der KPD". Es steht Ihnen selbstverständlich frei, dieses Tonband auch für Ihre Wahlsendung im Rundfunk zu verwenden! Ich bin sicher, es wird sich für unsere beiden Parteien vorteilhaft auswirken.

Mit freundlichem Gruß!

[Unterschrift]

Heinz Kühn

An den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Herrn Heinz Kühn

Herr Ministerpräsident!

Im Interesse der über 300 000 Arbeitslosen in NRW, im Interesse der Millionenmassen der beschäftigten Arbeiter und Werktätigen, im Interesse der zahllosen enttäuschten sozialdemokratischen Arbeiter richten wir folgende dringenden Anfragen an Sie und Ihre Regierung:

1. Ist Ihnen bekannt, daß die Arbeitslosen zum Teil bis zu 12 Wochen auf ihr Geld warten, während den Unternehmern Zuschüsse umstandslos gezahlt werden, daß die Arbeitslosen den erniedrigendsten Prozeduren unterworfen werden, während die Behörden mit den Kapitalisten freimütig über Kurzarbeit und Betriebsschließungen beraten, daß z. B. die Ankerwerke in Bielefeld und die Zeche Hansa in Dortmund mit den Bürgschaften und Geldern des Landes Schließung und Entlassung planen? Und wenn Ihnen dies alles bekannt ist, was tut Ihre Regierung, um diese Lage zu ändern?

2. Ist Ihr [illegible]

Am 4. April, dem nächsten Freitag, um 11 Uhr, wird eine Delegation der KPD und Arbeitsloser nach Düsseldorf kommen, um im Haus des Landtags Ihre Antwort zu empfangen. Unabhängig davon, Herr Kühn, wie und ob Sie sich herablassen, uns zu antworten, werden wir am Samstag auf einer Massendemonstration für die 9 Punkte des Sofortprogramms der KPD demonstrieren und die Delegation kündigt an, daß sie jedes Wort und jede Regung des Herrn Ministerpräsidenten in die Arbeitsämter, in die Betriebe und unter die Massen tragen wird.

Und die Regierung kann sicher sein, daß – unabhängig davon, wie die Antwort des Ministerpräsidenten ausfallen wird – die klassenbewußten Arbeiter sich nicht mit diesem oder jenem Spruch zufrieden geben werden.

Regionalkomitee NRW der KPD
Dortmund, den 28. 3. 1975
gez. Bernt zur Mühlen

Aus „Rote Fahne" Nr. 13/75

Der Brief stammt natürlich nicht von Kühn oder seinen Referenten. Doch wenn Kühn diesmal noch keine Antwort gegeben hat, so auch nur deshalb, weil die Bourgeoisie die GRF-Führer in ihrem Verrat des Marxismus-Leninismus noch weiter treiben will, bis sie dem Parlamentarismus und dem bürgerlichen Staat gänzlich zu Füßen liegen.

Dennoch, das ist sicher, wird sich Kühn, wird sich die gesamte Bourgeoisie immerhin gefreut haben, denn dieser Brief der GRF entspricht eben der Propaganda über den bürgerlichen Staat, die die Bourgeoisie von ihren Agenten in der Arbeiterbewegung, wie den D„K"P-Revisionisten verlangt.

„Herr Ministerpräsident! Ist Ihnen bekannt . . .?" Der Brief der GRF-Führer bezweckt, den Eindruck zu schaffen, „die da oben wissen gar nicht Bescheid, die rühren keinen Finger – während die Massen immer mehr verelenden". Das genaue Gegenteil ist der Fall. Dem „Herrn Ministerpräsident" ist sehr wohl bekannt! **Und mehr als das, er ist mitsamt seiner Regierung gerade der verwaltende Ausschuß des Kapitals, der dieses Elend kalkuliert und vorantreibt, um dem Kapital noch höhere Profite, Subventionen usw. zuzuschanzen. Das ist der Beruf dieses Mannes, dafür hat er seine Anstellung erhalten, dafür wird er bezahlt.**

Der Bourgeoisie sind die Sprüche der modernen Revisionisten – die nun auch die GRF-Führer übernommen haben –, nämlich, daß der bürgerliche Staatsapparat „nichts tut", nur allzu lieb. Lenken sie doch davon ab, daß er sehr wohl „etwas tut", daß er die Ausplünderung der Massen organisiert, daß er die Ausplünderung durch seine gewaltsame Unterdrückung mit Gesetzen, mit Klassenjustiz, mit Polizei und Militär überhaupt erst aufrecht erhält.

Die Propaganda der GRF aber, der „moralische Appell" an die Regierung: „. . . . was tut Ihre Regierung, um diese Lage zu ändern", **lenkt** nicht nur ab, sondern erweckt den Eindruck, als ob die Regierung des Monopolkapitals, und sei es auch nur einen Schritt, im Interesse der Werktätigen tun würde. **Das bedeutet nichts anderes, als parlamentarische Illusionen unter der Arbeiterklasse zu verbreiten und läuft genau auf die Propaganda der D„K"P-Revisionisten hinaus, die Arbeiterklasse könne ihre Interessen auf dem Weg des Bittens und der Forderungen an die Regierung verwirklichen.**

In der Tat ist es so, daß viele Arbeiter noch Illusionen über den bürgerlichen Staat hegen, daß viele Kollegen noch auf diese oder jene bürgerliche Regierung, auf diese oder jene bürgerliche Partei vertrauen oder hoffen und von ihr eine Besserung ihrer Lage erwarten. **Welche Aufgabe haben da aber die Kommunisten?**

Eine Reihe Opportunisten raten: Warten wir ab, die Kollegen werden schon noch ihre bitteren Erfahrungen machen und dann von selbst zur Revolution kommen. Das ist unverschämter Zynismus, ein wirkliches Verbrechen an der Arbeiterklasse. Denn das hieße, daß einem die Opfer, die diese bitteren Erfahrungen kosten, völlig egal sind. Ein wieviel größeres Verbrechen an der Arbeiterklasse und ihrem Kampf aber ist es, wenn man den Kampf des Proletariats gegen den kapitalistischen Staatsapparat durch die Verbreitung von Illusionen zu verhindern sucht und sich dennoch „Kommunist" zu nennen wagt! Genau dieses Verbrechen ist es, das die modernen Revisionisten im Auftrag der Bourgeoisie begehen: die Arbeiterklasse durch Illusionen über ihr Schicksal im Kapitalismus an die Herrschaft der Bourgeoisie zu ketten und damit das Elend der breiten Massen so lange wie nur irgend möglich aufrecht zu erhalten.

Und da ist es der Bourgeoisie besonders angenehm, wenn eben solche Leute diesen Weg des revisionistischen Verrats einschlagen, die sich als „Marxisten-Leninisten", als „Feinde des Revisionismus" ausgeben.

Die wirkliche Aufgabe der Marxisten-Leninisten gegenüber den bürgerlichen und revisionistischen Illusionen innerhalb der Arbeiterklasse ist es, ihnen entschieden entgegenzutreten und die Urheber dieser Illusionen, insbesondere die modernen Revisionisten, als Lügner und Feinde, die sie sind, zu entlarven und ihre wirklichen Absichten aufzuzeigen. Nur auf diese Weise ist es möglich, die Arbeiterklasse gegen ihren Feind, die Diktatur der Bourgeoisie zusammenzuschließen und den Kampf auf Leben und Tod zwischen Bourgeoisie und Proletariat mit sowenig Opfern wie möglich – und dennoch siegreich zu führen. Das ist die Aufgabe einer wirklichen, ernsthaften Vorhut, die für die Massen kämpft.

Die andere Seite der Medaille ist die geradezu unverschämte Hochstapelei, der Größenwahn der GRF-Führer, der in diesem Brief zum Ausdruck kommt. Sie, die angeblich im „Interesse von Millionen" einen Brief an den „Herrn Ministerpräsidenten" mit der Bitte um politische Aufklärung schicken, wollen gegenüber den Werktätigen den Eindruck erwecken, als wäre die GRF eine Massenpartei, die einen entsprechenden Druck auf den „Herrn Ministerpräsidenten" ausüben könne. Natürlich haben die GRF-Führer nicht ernsthaft geglaubt, daß Heinz Kühn ihnen politisch „Rapport" geben würde. Aber gerade das zeigt, daß sie bewußt nur den Eindruck erwecken wollten, als wären sie der große Riese – und daß sie bewußt ein Manöver gestartet haben, um die Illusionen über den bürgerlichen Klassenstaat zu schüren.

Für jeden GRF-Genossen heißt dies, den Brief der GRF-Führer entschieden zurückzuweisen, den Kampf aufzunehmen gegen diese durch und durch opportunistische Führung und ihre Organisation und sich entschlossen der revolutionären Linie zuzuwenden und unter der Führung der KPD/ML den Kampf gegen den Revisionismus, den Kampf für die Zerschlagung des kapitalistischen Staatsapparates aufzunehmen.

Trotz neuem Gesetz

Sascha wird der Pass verweigert!

„Wir werden kämpfen müssen um einen deutschen Paß für Sascha, heute wie früher. Wir werden darum kämpfen müssen, daß die Bourgeoisie bürgerliche Rechte einhält, die dem Volk von Nutzen sind“, schrieb der ROTE MORGEN, als ein Gesetz im Bundestag verabschiedet wurde, nach dem die Kinder deutscher Mütter und ausländischer Väter auf Wunsch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten können. Wie richtig diese Einschätzung war, zeigt sich jetzt:

Das Gesetz ist seit Januar verabschiedet. Nach diesem Gesetz müßte Sascha ohne irgendwelche Schwierigkeiten nur durch Einsenden eines unterschriebenen Antrages seinen deutschen Paß bekommen, so wie es in tausend anderen Fällen gelaufen ist. ABER: Sascha wurde dieser Paß verweigert. Für Sascha gelten andere Gesetze!

Sascha, 21 Jahre alt, Mitglied der ROTEN GARDE, lebt seit mehr als einem Jahr im Untergrund. Nicht aus Abenteuerlust ging er in die Illegalität. Er wurde dazu gezwungen. Denn die westdeutsche Bourgeoisie plant völlig kaltblütig, einen ihr unbequemen deutschen Kommunisten loszuwerden, indem sie ihn an das faschistische Schahregime, an seine sicheren Mörder ausliefert. Als Vorwand diente ihr bisher dazu, daß Sascha als Sohn einer deutschen Mutter und eines persischen Vaters die iranische Staatsangehörigkeit besitzt, obwohl er in München geboren und aufgewachsen ist.

Und für den Kommunisten Sascha, der als Teilnehmer der Roten Antikriegstagsdemonstration 1972 in München zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde, — für ihn gilt ganz offensichtlich das schöne neue Gesetz nicht. Als Saschas Mutter am 1. 4. mit dem ausgefüllten Antrag, von Sascha unterschrieben, beim Ausländeramt München einen deutschen Paß für ihren Sohn abholen will, heißt es: Nein!

Zweifeln die Polizisten im Ausländeramt an der Echtheit der Erklärung? Natürlich nicht! Sie wissen sehr gut, daß Sascha Deutscher ist, daß er die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben will, waschkörbeweise erhielten sie im letzten Jahr Protestbriefe aus ganz Westdeutschland, in denen sich Tausende mit Sascha solidarisierten und seine sofortige Einbürgerung forderten. Mehr als 20 000 Menschen setzen ihren Namen allein auf Protesterklärungen und Solidaritätsresolutionen.

Also findet man einen neuen Vorwand, um die Ausstellung des Passes zu verweigern. Nach endlosen Rücksprachen mit seinen Vorgesetzten eröffnet der Beamte Saschas Mutter: Der Paß wird nicht bewilligt, weil Sascha nicht selbst erschienen ist. Er soll persönlich kommen und seine Erklärung abgeben.

Das zeigt: Ohne Zögern setzt sich die Bourgeoisie über ihre eigenen Gesetze hinweg, wenn sie ihr im Klassenkampf hinderlich erscheinen. Hinterlistig legt sie eine Falle für Sascha aus; in der Hoffnung, er werde sich im Vertrauen auf Gesetz und Ehrenwort des Klassenfeindes, ohne Absicherung, stellen. Wer garantiert denn, daß Sascha nicht vor der Tür des Ausländeramtes verhaftet wird — ohne seinen Antrag abgeben zu können? Wird er jedoch als Perser verhaftet, so heißt das: ABSCHIEBUNG! Wer kann später je nachprüfen, in welchem Reißwolf sein Antrag auf Einbürgerung zerrissen wurde? Die Weigerung des Ausländeramtes, Saschas Paß sofort und ohne Vorbehalt auszustellen, wie das neue Gesetz es vorschreibt, zeigt doch mehr als deutlich: Der Klassenfeind hat seine Absicht nicht aufgegeben, Sascha abzuschieben.

Der Kampf um einen deutschen Paß für Sascha, der Kampf gegen den geplanten Schreibtischmord an einem deutschen Kommunisten muß weitergehen. Sascha kann und wird nicht aus der Illegalität zurückkehren, ehe er nicht vor der Abschiebung sicher ist.

Hannover-Nulltarif-Demonstration

Polizeihetze erinnert an 1933

Der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung und für „Nulltarif im Nahverkehr“ in Hannover wird fortgesetzt. Täglich: Riesige Demonstrationen, blockierte Schienen. Aber zum täglichen Bild gehören auch die Schüsse aus der Chemiekeule, die Farbbeutel der „Zivilen“ auf Werktätige in der Straßenbahn und auf Demonstranten, die Wasserwerfer- und Tränengaseinsätze sowie die bereits offen faschistischen Lautsprecherparolen der Polizei.

Da wird ein Wasserwerfer eingesetzt, der die Demonstranten mit seiner Wucht fast wegschwemmt. Gleichzeitig brüllt der Polizeilautsprecher: *„Hannoveraner, seht euch diese Demonstranten an. Sie gehen rückwärts — wie die Krebse.“* Da wird die „Chemiekeule“ abgeschossen, den Demonstranten ins Gesicht; sie löst Atembeschwerden aus — sie verletzt die Augen, sie kann die Sehkraft zerstören! Viele schützen sich durch Schals vor Nase und Mund. Da ertönt die Stimme der Polizei: *„Hannoveraner, sehen sie sich diese Demonstranten an: sie tragen Gesichtstücher. Wer ein ehrliches Anliegen hat, braucht sein Gesicht nicht zu verstecken.“*

Der Kommentar des Polizeipräsidenten Boge: *„Wir haben heute nicht mehr allein die zwei Hauptaufgaben, Gefahren abzuwehren und Straftaten aufzuklären, sondern wir haben heutzutage auch Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.“*

An derlei Öffentlichkeitsarbeit kann das deutsche Volk sich noch gut erinnern. Damals vor dreißig Jahren gab es sogar einen Minister dafür. Er hieß Goebbels. Damals gab es eine SPD, die vorgab für den Sozialismus zu kämpfen, und die Arbeiter immer in entscheidenden Aktionen, immer im entscheidenden Moment zum „Stillhalten“ aufrief. Sie hat dadurch dem Faschismus den Weg geebnet. Heute gibt es eine D„K“P, die hier in Hannover angesichts dieses Terrors den Demonstranten zuruft: „Durch Gewalt wird nur die Polizei provoziert.“

Bislang haben weder Polizeiknüppel, noch ihre zynische Hetzpropaganda und auch nicht die Stillhalteparolen der D„K“P den Kampf der Hannoveraner gegen den neuen Lohnraub über die Straßenbahntarife, für Nulltarif, ersticken können.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

NACHRUF AUF DEN GENOSSEN
DUNG BI-WU
DEN GROSSEN PROLETARISCHEN REVOLUTIONÄR DES CHINESISCHEN VOLKES

Nachruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, des Ständigen Ausschusses der Nationalen Volksversammlung der Volksrepublik China und des Staatsrates.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas, der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China und der Staatsrat geben mit großem Schmerz bekannt, daß der Genosse Dung Bi-wu, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KP Chinas und Vizepräsident des Ständigen Ausschusses der Nationalen Volksversammlung infolge einer Krankheit am 2. April 1975, 7 Uhr 58, in Peking im Alter von 90 Jahren verstorben ist, trotz der medizinischen Sorge, die ihm zuteil wurde.

Genosse Dung Bi-wu, einer der Begründer der Kommunistischen Partei Chinas, war ein führendes Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas, ein großer revolutionärer Kämpfer des chinesischen Volkes und einer der bedeutendsten Führer der Partei und des Staates.

Im Laufe seines langen revolutionären Kampfes erbrachte Genosse Dung Bi-wu unvergängliche Leistungen für die Partei und das Volk, und die ganze Partei, die ganze Armee und das ganze Volk liebten ihn von ganzem Herzen.

Die ganze Partei, die ganze Armee und das ganze Volk müssen vom revolutionären Geist und von den edlen Eigenschaften des Genossen Dung Bi-wu lernen, und sich unter Führung des Zentralkomitees der KP Chinas mit Vorsitzendem Mao an der Spitze eng zusammenschließen, mit Ausdauer die grundlegende Linie der Partei durchführen, die Revolution unter der Diktatur des Proletariats fortsetzen, um die Konsolidierung und Festigung der Diktatur des Proletariats kämpfen und darum, China zu einem modernen und starken sozialistischen Land aufzubauen.

Genosse Dung Bi-wu, der große proletarische Revolutionär des chinesischen Volkes, wird unsterblich sein!

Beileidstelegramm

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas
An den Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses der Volkerepublik China
An den Staatsrat der Volksrepublik China

Werte Genossen,

mit großer Trauer haben wir vom Tod des Genossen Dung Bi-wu, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und Vizepräsident des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses erfahren.

Als Mitbegründer der Kommunistischen Partei Chinas kämpfte Genosse Dung Bi-wu Zeit seines Lebens heldenhaft an der Spitze des chinesischen Volkes für die nationale Befreiung, für die Vertreibung der Tschiang Kai-schek-Bande ·, für den Aufbau des Sozialismus in der Volksrepublik China. Der beispielhafte Kampf des Genossen Dung Bi-wu wird auch für unsere Partei und unser Volk ein Vorbild bleiben. Wir teilen den Schmerz, den die Kommunistische Partei Chinas, die Armee und das chinesische Volk un diesen schweren Verlust empfinden.

Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten
i. A. des Zentralkomitees
Ernst Aust

Ab 21. April 1 1/2 Jahre Gefängnis

Genosse Peter Bayer muss in Haft



Am 21. April, nur knapp zwei Monate nach der Urteilsverkündung, muß Genosse Peter Bayer, der wegen seiner Teilnahme an der Roten Antikriegstagsdemonstration 1972 in München zu 18 Monaten verurteilt wurde, ins Gefängnis. Als Kommunist versichert Genosse Peter: Auch im Gefängnis wird er seinen Kampf für die Revolution, für den Sozialismus fortsetzen. Unterstützt seinen Kampf, schreibt Briefe an den Genossen: Peter Bayer, Ebrach/Württemberg, Strafvollzugsanstalt.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26
hiermit bestelle ich

ROTER MORGEN

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname..........

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße ....
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.......... Unterschrift..........

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD
Buchladen „Roter Morgen“, Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr: 16.30-18.30, Sa: 9-13 Uhr.

BOCHUM
Dorstenerstr. 86. Öffnungszeiten: Mo-Fr: 17.30-19 Uhr Sa: 10-13 Uhr

BREMEN
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi: 16-19, Sa 9-13.

DORTMUND
Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/41 13 50. Öffnungszeiten: Mo-Fr. 15-18 Uhr, Sa: 10-14 Uhr.

DUISBURG
Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mo-Fr: 17.30-19, Sa: 10-13 Uhr

HAMBURG
Buchladen „Roter Morgen“, Stresemannstr. 110. Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

HANNOVER
Elisenstr. 20. Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

KIEL
Thälmann-Buchladen, Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74 7 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13.

KÖLN
Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19 Uhr, Sa: 9-13 Uhr

LÜBECK
Buchladen „Roter Morgen“, Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

MANNHEIM
Lortzingstr. 5. Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNCHEN
Buchladen „Roter Morgen“, 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089/77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNSTER
Bernhard Ernst Str. 6, Öffnungszeiten: Mo. – Fr. 16 – 18.30 Uhr, Sa. 11 – 14 Uhr

STUTTGART
Buchladen „Roter Morgen“, Haußmannstr. 107. Tel. 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

WESTBERLIN
Buchladen „Roter Morgen“, 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 030/465 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

LUDWIGSHAFEN
„Kampf der Klassenjustiz!“ 19. 4., 19 Uhr, Ludwigshafen-Friesenheim, „Friesenstuben“, Luitpoldstr. 34. Es spricht: Peter Bayer, der zwei Tage später ins Gefängnis muß.

KASSEL
„Heraus zum Roten 1. Mai!“ 27. 4., 19.30 Uhr, Kassel-Wehlheiderkreuz, Ecke Tischbeinstr./Schönfelder Str., Gaststätte „Bürgerschänke“.

VERANSTALTUNGEN DER ROTEN GARDE

SINGEN
„Jugendarbeitslosigkeit — ein Grundübel des Kapitalismus.“ 18. 4., 19.30 Uhr, „Zum Mohren“, Schaffhauser Straße.

WESTBERLIN
„Heraus zum Roten 1. Mai!“ 25. 4., Schöneberg, Brauhaussäle, Badische Straße.

SINGEN
„Heraus zum Roten 1. Mai!“ 30. 4., 19.30 Uhr, „Zum Mohren“, Schaffhauser Straße.

GROSSVERANSTALTUNGEN DER KPD/ML ZU DEN LANDTAGSWAHLEN IN NRW
Es spricht Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML

BOCHUM
24. April, 19.30 Uhr, „Haus Spitz“, Bochum-Stiepel, Kemnader Str. 138.

DORTMUND
26. April, 19.00 Uhr, „Parkhaus Barop“, Dortmund-Barop, Stockumer Str. 241.

KÖLN
28. April, 19.00 Uhr, „Im Kaiser“, Ehrenstraße.

DUISBURG
29. April, 19.00 Uhr, „Postsportverein“, Aakerfährstraße 60.